

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratsitzung**
Sitzungsdatum **24. Juni 2021, 14.30 – 17.45 Uhr**
Sitzungsort **Horwerhalle**
Vorsitz **Ivan Studer**

Kontakt **Claudia Stadelmann**
Telefon **041 349 12 24**
E-Mail **claudia.stadelmann@horw.ch**

PROTOKOLL NR. 402

Anwesend	28	Einwohnerratsmitglieder	Entschuldigt	-	André Fallet
	5	Gemeinderatsmitglieder		-	Toni Portmann
	1	Gemeindeschreiberin		-	Rita Wyss, anwesend ab 14.40 Uhr

Traktandenliste

1. Eröffnung durch Ratspräsidenten, Bereinigung Traktandenliste Seite 2
2. B+A Nr. 1676 Investitionsprogramm 2022-2027 Seite 4
3. B+A Nr. 1677 Naphthalin-Sanierung Schulanlage Hofmatt Seite 13
4. Bericht Präsidium Geschäftsprüfungskommission Seite 17
5. Dringliche Motion Nr. 2021-318 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Digitale Ratsteilnahme Seite 18
6. Postulat Nr. 2021-729 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Cargovelo Seite 23
7. Fragestunde Seite 25
8. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2021/2022 Seite 25
 - Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates
 - Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates
 - Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung
 - Wahl von zwei Stimmzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen

1. Eröffnung durch Ratspräsidenten, Bereinigung Traktandenliste

Ich begrüsse euch recht herzlich zur Juni-Sitzung, die letzte vor den Sommerferien und zugleich auch die letzte Sitzung meines Amtsjahrs als Einwohnerratspräsident. Ich begrüsse den Gemeinderat und die Gemeindeschreiberin Irene Arnold. Ebenso möchte ich Frau Claudia Stadelmann begrüssen, welche wiederum fürs Protokoll zuständig ist. Frau Kansiga Selvarajah und Frau Susanne Hollbach helfen bei den Hygienemassnahmen und beim Kaffee. Recht herzlich begrüssen möchte ich auch Herrn Roman Hodel von der Luzerner Zeitung sowie das anwesende Publikum.

Ivan Studer (CVP)

Ich blicke zurück auf ein spezielles Amtsjahr. Ich habe mir vorgenommen, die Vereine und die Politik näher aneinander zu bringen. Leider hat die Pandemie dies praktisch verunmöglicht und wir konnten nur zu Beginn und im Nachgang zur ersten Sitzung den Tennisclub besuchen. Alle anderen geplanten Aktivitäten musste ich leider absagen. Besser läuft es mit meinem zweiten Vorsatz, den Vorbereitungen zum Jugendparlament. Obwohl es ein bisschen länger dauert als geplant, wird das Projekt mittlerweile von den Schulen, der Gemeinde und der Politik unterstützt. Sofern alles gut läuft, sollten wir ab Herbst zusammen mit einer Gruppe Jugendlicher mit der Umsetzung beginnen können.

Bevor wir anfangen noch der übliche Hinweis auf das Corona- Schutzkonzept: Ich bitte das Publikum jederzeit Masken zu tragen. Ebenso gilt die Maskenpflicht auch für die Einwohnerräte. Einzige Ausnahme ist beim Vortragen der Voten.

Hinweise

Reglement Steuerausgleichsfonds, Nr. 951, Aufhebung:
Das Reglement Steuerausgleichsfonds vom 23. Januar 2014 wurde im Rahmen der Umsetzung HRM2 irrtümlicherweise nicht aufgehoben. Der Fonds ist gemäss übergeordneter Gesetzgebung nicht mehr zulässig und wurde mit dem Restatement aufgelöst (Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden FHGG). Das Reglement wurde mit Auflösung des Fonds obsolet und nun ausser Kraft gesetzt.

Mitteilungen

Herr Martin Eberli hat per Ende Juni 2021 aus Altersgründen seinen Rücktritt gegeben. Herr Fabian Pabst hat wegen Wegzug aus Horw seinen Rücktritt per Ende August 2021 eingereicht.

Entschuldigungen

Entschuldigt haben sich Toni Portmann und André Fallet.

Feststellung

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 401 der Einwohnerratssitzung vom 27. Mai 2021 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Ich danke Frau Stadelmann für die Verfassung des Protokolls.

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung ist folgender Beschluss in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1667 und 1667 A Neues Reglement über Abstellflächen auf privatem Grund (Reglement Parkplatzfonds)

Neueingänge seit der letzten Sitzung

- 09.06.2021: Dringliche Motion Nr. 2021-318 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Digitale Ratsteilnahme
- 28.05.2021: Postulat Nr. 2021-731 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Erneuerung Parkplatzanlage Felmis und Längacher
- 28.05.2021: Postulat 2021-732 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Outdoor Workout Pärke
- 28.05.2021: Postulat Nr. 2021-733 von Leo Camenzind, CVP, und Mitunterzeichnenden: Entwicklungsplanung Friedhof Horw
- 21.06.2021: Postulat Nr. 2021-734 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Familienbetreuung Allgemein
- 28.05.2021: Interpellation Nr. 2021-727 von Lukas Bucher, L20, und Mitunterzeichnenden: Kündigung aller Wohnungen an der Stirnrütistrasse 41 und 43
- 28.05.2021: Interpellation Nr. 2021-728 von Charlotte Schwegler, L20, und Mitunterzeichnenden: Gleichberechtigung in der Gemeinde Horw
- 28.05.2021: Interpellation Nr. 2021-729 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnenden: Aufforstung Grämliswald mit 420 Eichen
- 21.06.2021: Interpellation Nr. 2021-730 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Schulzuteilungen
- 22.06.2021: Interpellation Nr. 2021-731 von Francesca Schoch, FDP: Ausbau Mobilfunkantenne Stutz, St. Niklausen

Begründung Dringlichkeit

Dringliche Motion Nr. 2021-318 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Digitale Ratsteilnahme

Corona beschäftigt uns schon eine ganze Weile. Die Pandemie hat praktisch unseren kompletten Alltag auf den Kopf gestellt. In fast allen Bereich gibt es Veränderungen, nicht zuletzt auch bei uns im Ratsbetrieb. So sitzen wir hier nun alle mit 1.5m Abstand in der Horwerhalle mit Maske. Im letzten Sommer, als die erste Coronawelle langsam abflachte und wir uns Besserung erhofften, haben sich die Fallzahlen im näherkommenenden Winter sogleich wieder vervielfacht. Letztes Jahr hatten wir zwar noch keine aktive Test- und Impfstrategie, welche uns dieses Jahr, so hoffen wir alle, vor einer weiteren Coronawelle bewahren wird, dennoch ist das Thema von höchster Wichtigkeit und Dringlichkeit, da es gerade im Hinblick auf die neuen Mutationen keine 100%ige Sicherheit gibt. Ich hoffe, Sie sehen dies genauso und anerkennen die Dringlichkeit dieses Postulates.

Noel Schemm (L20)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Ruedi Burkard (FDP)

Ich schlage vor, dass wir die dringliche Motion vor dem Postulat von Toni Portmann, also vor dem Traktandum 6, behandeln würden.

Ivan Studer (CVP)

Dann hätten wir eine weitere Bereinigung der Traktandenliste, und zwar haben wir als Traktandum 5 den Bericht der Bürgerrechtsdelegation. Wir beantragen, dass wir dieses Traktandum abtraktandieren. Grund dafür ist, dass gemäss Artikel 3 der Bürgerrechtsdelegationsrichtlinien der Rechenschaftsbericht an der ersten Einwohnerratssitzung des

Amtsjahres erfolgt. Die erste Einwohnerratssitzung im Amtsjahr wäre im September und nicht die letzte jetzt im Juni. Das hat auch den Vorteil, dass dann eine Rechenschaft über das gesamte Jahr gemacht werden kann.

Wird dem opponiert? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann streichen wir das Traktandum von der heutigen Traktandenliste.

Ich beantrage dem Rat, das ehemaligen Traktandum 6 «Grisigenstrasse» abzutraktandiert und auf die September-Sitzung zu verschieben. Der Postulant leidet an den Nebenwirkungen der Corona-Impfung und musste sich kurzfristig für diese Sitzung entschuldigen. Ich bitte den Rat, dem Antrag stattzugeben.

Roger Eichmann
(CVP)

Bereinigung Traktandenliste

Die Traktanden 1, 2, 3, 4 bleiben gleich. Das neue Traktandum 5 ist die dringliche Motion von Noel Schemm über die digitale Ratsführung. Traktandum 6 ist das Postulat von Philipp Peter, Traktandum 7 ist die Fragestunde und Traktandum 8 ist die Konstituierung des Rates.

Ivan Studer (CVP)

2. B+A Nr. 1676 Investitionsprogramm 2022-2027

Eintreten GPK

Die GPK hat an ihrer letzten Sitzung das Investitionsprogramm 2022-2027 besprochen. Die Gemeinderäte Zemp und Jung sowie der Leiter Finanzen waren für Auskünfte vor Ort.

Lukas Bucher (L20)

Der deutlich bessere Jahresabschluss 2020 und der zu erwartende und nicht budgetierte Überschuss 2021 erlauben es der Gemeinde Horw, auch in den nächsten Jahren zu investieren. Ein Investitionsstau ist unbedingt zu verhindern.

Insbesondere ist erfreulich, dass die Arbeiten für das Schulhaus Allmend weitergehen. Falls die Finanzlage unsicherer wird, ist somit geklärt, dass dieses Projekt sicher nicht mittendrin gestoppt werden soll.

Während der Sitzung wurden einige Fragen geklärt, aber die GPK hat zum vorliegenden B+A keine Anträge. Erwähnenswert ist der Benchmark auf Seite 3, Punkt 2.2: Dieser kostet ca. 5'000 Franken pro Jahr. Das ist weniger als ein Benchmark, der vor einigen Jahren durchgeführt wurde.

Die Gemeinde Horw soll sich weiterhin dafür stark machen durch Harmonisierung und viele Teilnehmende auf aussagekräftige Resultate zu kommen. Diese kann die Exekutive für die Erhöhung der Effizienz gut gebrauchen.

Die GPK nimmt das Investitionsprogramm einstimmig zur Kenntnis.

Eintreten BVK

Die BVK hat das Investitionsprogramm 2022-2027 an ihrer Sitzung vom 14.06.2021 besprochen und ohne weitere Anträge gutgeheissen.

Noel Schemm (L20)

Der B+A zeigt, wie die Gemeinde die Finanzentwicklung im Zusammenhang mit ihren geplanten Investitionen erwartet. Dabei wurde aufgezeigt, welche Investitionen abhängig vom Steuerfuss drin liegen oder eben nicht. Dabei ist unter Punkt 5 die Konsequenz eindeutig erkennbar geworden.

Die geplanten Investitionen für die nächsten Jahre sind eher zurückhaltend, dies aber ohne dass die Infrastruktur zu fest vernachlässigt wird, um nicht in eine Negativspirale zu fallen. Mit einem möglichen weiteren guten Jahresergebnis könnten gar noch weitere Investitionen getätigt werden.

Im B+A wird das Schulhaus Allmend immer wieder explizit erwähnt. Dieses ist im vergangenen Jahr aufgrund von schlechten Finanzaussichten aus dem Investitionsplan gestrichen worden. Da die Rechnung nun aber weit besser abschliesst als erwartet, will der Gemeinderat nun das Projekt Schulhaus Allmend entsprechend dem Beschluss des Einwohnerrates zum Aufgaben- und Finanzplan 2021 vorantreiben, was auch die BVK begrüsst. Dabei liegt bereits eine erste Testplanung mit verschiedenen Varianten vor und der B+A an den Einwohnerrat wird bald folgen.

Unter Punkt 202.02 Informatik / IT-Gesamterneuerung 2023 hat die BVK nachgefragt, wie das Ausschreibungsverfahren abläuft. Die Gemeinde arbeitet im Bereich der IT-Anschaffungen seit 10 Jahren mit den gleichen Partnern zusammen, welche das fehlende Spezialwissen der Gemeinde abdeckt und die gemeindespezifischen Bedürfnisse gut kennt. Dennoch empfindet es die BVK als wichtig, dass die Gemeinde bei Ausschreibungen von verschiedenen Anbietern Offerten einholt, da dies neue Perspektiven ermöglicht und auch den langjährigen Partnern zu innovativen und attraktiven Angeboten ermutigt. Grundsätzlich ist es üblich und angebracht, derartige Beratungsmandate nach 5 bis 10 Jahren neu auszuschreiben.

Noch eine letzte Bemerkung zum B+A selbst. Der BVK fehlt unter Punkt 5 «Würdigung» der Blick auf die verschiedenen Investitionen selbst. Was sind die Ziele, was wird priorisiert, auf was wird verzichtet? Es wurden auch keine Aussagen zum Schulhaus Allmend gemacht, welche zeigen warum der Gemeinderat es so wichtig erachtet, dieses Projekt voranzutreiben. Die BVK wünscht sich für die kommenden Investitionsprogramme und auch weitere B+A gerade unter diesem Punkt vertiefere und detailliertere Einschätzungen zu dem Dokument.

Zum Schluss: die BVK nimmt den Antrag des Investitionsprogrammes einstimmig zur Kenntnis.

Eintreten GSK

Die GSK-Sitzung vom 16. Juni 2021 habe ich in Absprache mit den Mitgliedern der GSK abgesagt, da keine GSK-relevanten Aufgabenbereiche aufgeführt waren. Einzig wäre allenfalls die unbestrittene Sanierung des Schulhaus Allmend zu beraten gewesen.

Aus diesem Grund hat die GSK auch keine Anträge und Bemerkungen und gibt deshalb keine Empfehlung zum B+A 1676 ab.

Eintreten L20

Die L20 hat heute vor einer Woche das Investitionsprogramm 2022-2027 besprochen. Wir schätzen es sehr, dass Horw bereit ist, trotz der nicht so tollen Lage wichtige Investitionen zu tätigen.

Was uns ein wenig stutzig gemacht hat, ist die Variantenaufzeichnung. Es werden Themen vermischt, die wenig miteinander zu tun haben. Schulhäuser zu bauen ist eine Grundaufgabe der Gemeinde, die man sich erfreulicherweise auch leisten kann, wie dies der Abschluss klar aufgezeigt hat. Die ganze Steuerdiskussion ist letztlich eine Luxusdiskussion, um die man sich kümmern kann, sobald die Grundaufgaben erledigt

Hans Stampfli (SVP)

Larissa Lehner (L20)

sind. Man kann jetzt nicht davon ausgehen, dass Steuern wegen ein paar guten Jahren gesenkt werden können, wenn es sich dabei um Zusatzeinnahmen durch Sondereffekte handelt.

Beim Investitionsprogramm haben uns ausserdem Ideen im Bereich Natur und Umwelt gefehlt. Wir erhoffen uns für nächstes Jahr, dass Investitionen aufgestockt werden, die es braucht, um den Gemeindegebäudepark CO2-neutral zu gestalten.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten und sind für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A 1676.

Eintreten CVP/GLP

Die CVP-/GLP-Fraktion hat den B+A 1676 gründlich beraten. Das Investitionsprogramm rechnet mit Investitionen von 89.8 Mio. Franken in der Periode 2021-2027, beziehungsweise mit einem Investitionsbedarf von 69.4 Mio. Franken in der Betrachtung 2022-2027. Das ist deutlich mehr als die Grössenordnung aus der Finanzstrategie.

Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation sind wir der Meinung, dass die Gemeinde Horw das Investitionsprogramm wie vorgeschlagen angehen soll. Es ist schliesslich eine der Kernaufgaben der Gemeinde, eine zeitgemässe und gut unterhaltene Infrastruktur anzubieten. In diesem Sinne erachten wir das Investitionsprogramm als passend und plausibel. Natürlich immer mit der Möglichkeit, dass es bei den konkreten Budgets - wenn nötig - zu Justierungen kommen kann.

Wir begrüssen auch, dass das Investitionsprogramm mit dem zu erwartenden Steuerertrag in Kontext gestellt wurde. Nach den positiven Rechnungsergebnissen wurden auch Fragen zu einer Steuersenkung in den Raum gestellt. Neben dem Status-Quo-Szenario sind auch 3 Szenarien mit einer Steuerfussenkung abgebildet. Das Aufzeigen dieser Szenarien ist sehr hilfreich. Allerdings sind wir der Ansicht, dass heute nicht der richtige Zeitpunkt ist, um über eine eventuell mögliche Steuersenkung zu diskutieren. Dafür benötigen wir weitere Grundlagen, z.B. Informationen über den erwarteten Steuerertrag des laufenden Jahres.

Die CVP-/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des vorliegenden Instruments und ist einstimmig für die Kenntnisnahme des Investitionsprogrammes 2022-2027.

Eintreten FDP

Das Investitionsprogramm 2022-2027 zeigt die geplanten Investitionen der nächsten 6 Jahre sowie ihr Verhältnis zu den Finanzkennzahlen der Gemeinde. Wir müssen also beurteilen, ob wir die Investitionen auf der Zeitachse richtig priorisieren - und ob wir uns die Investitionen tatsächlich auch leisten können.

Das vorliegende Investitionsprogramm ist durchaus optimistisch, vor allem wenn man es mit den Vorgaben der Finanzstrategie vergleicht. Die Finanzstrategie würde eigentlich im Zeitraum 2021-2027 Investition von 43.4 Mio. Franken zulassen. Das Investitionsprogramm sieht nun satte 89.7 Mio. Franken vor, also tatsächlich mehr als doppelt so viel. Ist dies jetzt ehrgeizig oder fahrlässig? Oder legt der Gemeinderat nicht einfach die Karten auf den Tisch und das Programm zeigt auf einem Umweg viel realistischer die effektiven finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde?

Aus Sicht der FDP spielen für die Beantwortung dieser Frage 3 Faktoren eine Rolle:

Pius Barmet (GLP)

Stefan Maissen (FDP)

1. Dank den besseren Ergebnisse 2020 und wahrscheinlich auch 2021 ergeben sich verbesserte Kennzahlen, was zu einem deutlich höheren Spielraum für Investitionen führt. Wahrscheinlich sind die weiteren Aussichten bezüglich der zukünftigen Ergebnisse von unserem Finanzvorsteher äusserst vorsichtig gehalten, was natürlich auch nicht grundfalsch ist.
2. Die 89 Mio. Franken im Investitionsprogramm sind wie immer eine Bandbreite oder eben eine Voranzeige, welche als Total wohl nicht realistisch sind. Denken wir etwa an die Verfahrensdauer bei Grossprojekten oder die personellen Ressourcen der Gemeinde. Ohne Zweifel werden wie immer gewisse Projekte nach hinten geschoben.
3. Der Gemeinderat hat wohl auch ein bisschen gesteuert, damit nur seine Variante 1 grün ist, also jene mit Steuerfuss 1.45 und dem Schulhaus Allmend. So können natürlich allfällige Diskussionen um den Steuerfuss elegant abgeklemmt werden. Wären die Investitionen tiefer, wären die Szenarien logischerweise viel besser.

Da kommen wir zu zwei Kritikpunkten, welche wir an diesem Investitionsprogramm anzubringen haben:

- Klare Aussagen zum Umgang mit dem Investitionsüberhang und eine klare Priorisierung fehlen. Es wäre wertvoll, im Zeithorizont von 6 Jahren auch zu wissen, was für den Gemeinderat absolute «Musts» sind. Wenn wir schon doppelt so hoch sind, wie es die Finanzstrategie vorgibt, wären hier klare Ansagen wichtig.
- Warum wird nicht auch mit Varianten im Investitionsprogramm gearbeitet? Die Investitionen sind fix, alles andere ist variabel: Warum werden nicht 3 Varianten gezeigt, z.B. maximal/realistisch/minimal, da wäre wir dann vielleicht bei 89 Mio., 79 Mio. und 72 Mio. Franken.

Zwei grosse Brocken im Programm sind das Schulhaus Allmend mit rund 19 Mio. und das Seefeld mit rund 17 Mio. Franken. Die FDP begrüsst, dass beim Schulhaus Allmend vorwärts gemacht wird, wie wir es im Rahmen der Beratung des AFP 21 erfolgreich gefordert haben. Das hat für uns absolut erste Priorität, im Hinblick auf den Zustand der Palazzinen und die Qualität des Unterrichts.

Beim Seefeld sehen wir dann eher die Möglichkeit, Investitionen zu schieben oder allenfalls auch zu kürzen. Aber dass die Grössenordnungen auf der Zeitachse angezeigt werden, ist natürlich richtig. Auch bei Strassenprojekten sehen wir eher die Möglichkeit, einzelne Projekte etwas zu schieben.

Mit den Schlussfolgerungen des Gemeinderates sind wir grundsätzlich einverstanden: Der neu gewonnene Handlungsspielraum soll kurzfristig für anstehende Investitionen im Bildungsbereich wie den vorgezogenen Neubau des Schulhauses Allmend sowie den Doppelkindergarten im Kirchfeld genutzt werden. Zudem ist es auch richtig, die aufgrund der hohen Investitionen der letzten Jahre gestiegenen Schulden abzubauen. Der Steuerfuss muss in den folgenden Jahren anhand der weiteren Entwicklung diskutiert werden. Sollten sich die Finanzkennzahlen weiter positiver als angezeigt entwickeln, sind für die FDP auch die Varianten b und c ins Auge zu fassen, also jene mit dem Schulhaus Allmend und einer moderaten Senkung des Steuerfusses.

Die FDP ist für Eintreten und Annahme des B+A 1676.

Eintreten SVP

Für die SVP Horw steht grundsätzlich fest, dass jede Investition auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis und den langfristigen Mehrwert für unsere Bevölkerung kritisch zu prüfen ist. Wir stehen für einen haushälterischen Umgang beim Ausgeben von Steuergeldern ein; das bedeutet das Geld dann auszugeben, wenn man es auch verfügbar hat, bei einer moderaten Verschuldung. Der Jahresbericht mit Erfolgsrechnung 2020 gibt die Leitplanken vor. Verwaltung und Einwohnerrat haben dementsprechend das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen.

Das gilt besonders bei umfangreichen, kostenintensiven Projekten wie Sanierung und Ergänzungsbau Schulhaus Allmend. Dazu ist unsere Haltung, dass wir keineswegs gegen eine zeitgemässe Infrastruktur sind. Wir sprechen uns aber für eine zurückhaltenden Investitionen aus, d.h. in Etappen zu sanieren und wo nötig neu zu bauen. Es ist klar, dass die Palazzinen entsprechend angepasst werden müssen, das kann man noch berücksichtigen. Ebenfalls zu berücksichtigen wird sein, dass wir weitere Grossprojekte haben in Horw, ich spreche den Bushof an, den Bahnhofplatz und die ganze Verkehrsinfrastruktur zwischen Autobahnanschluss und Zentrum. Ohne millionenschwere Beiträge aus Kantons- und Agglomerationsprogramm könnten wir das gar nicht stemmen. Obendrauf kommt noch der innerkantonale Finanzausgleich, zu dem ich erinnern darf/muss, dass wir demnächst fast 6.3 Mio. Franken einwerfen müssen. Es darf aber nicht darauf hinauslaufen, dass andere Luzerner Gemeinden mit den Zahlungen aus Horw ihre Infrastruktur modernisieren können und wir sind nur eine Gebergemeinde.

Wir möchten einen Mehrwert für unsere Bevölkerung und das bedeutet, dass wir halt auch beim Stichwort Steuerfuss und Steuerentwicklung gewisse Demut üben müssen. Wir sind schliesslich gut unterwegs, aber es gilt alles daran zu setzen, dass unser Niveau hoch bleibt. Für die SVP-Fraktion hat oberste Priorität, dass der Steuerfuss bei 1.45 Einheiten gehalten werden kann. Aktuell gehen die klar ausgewiesenen, hohen Investitionen vor. Sie müssen getätigt werden und darum kommt eine Senkung auf 1.35 Einheiten gar nicht erst in Frage. Dennoch danken wir dem Gemeinderat, dass er die Darstellung im Bericht und Antrag detailliert gemacht hat, damit man auch in den Fraktionen und heute im Rat darüber diskutieren kann.

Die SVP-Fraktion ist für die Kenntnisnahme des Investitionsprogramms mit Finanzplanung.

Ich danke Ihnen für die Auseinandersetzung mit dem Investitionsprogramm und Ihre Voten. Sie haben nach meinem Dafürhalten sehr gut wiedergegeben, was in den Kommissionen diskutiert worden ist. Es war auch interessant zu hören, was Sie in den Fraktionen diskutiert haben. Ich gehe einleitend auf zwei, drei Punkte ein, warum das Investitionsprogramm so aussieht, wie es jetzt vorliegt. Es ist bemängelt worden, dass wir nur die Szenarien genommen haben und nicht weitere. Es ist bemängelt worden, dass wir uns mit dem Steuerfuss und mit dem Allmendschulhaus auseinandergesetzt haben und dass nicht weitere Investitionen auch noch in die Würdigung eingeflossen sind.

Man muss schauen, was der Sinn des Instruments Investitionsprogramm ist. Das ist eigentlich eine Horwer Spezialität, welche andere Gemeinden nicht haben. Das war ein Ausfluss aus der Umstellung auf HRM2, welcher uns beim Budgetieren ein wenig Schwierigkeiten bereitet hat. Die GPK und in der Folge auch Sie haben uns bestätigt, dass Sie eigentlich vor dem Budgetieren schon gerne wüssten, was in nächster Zeit an Investitionen anfällt. Das ist das Ergebnis aus dieser Zusammenstellung, die wir Ihnen unterbreiten, mit der wir Ihnen aufzeigen, wo wir Handlungsbedarf sehen. Die Priorisierung haben Sie eigentlich direkt aus dem B+A herauslesen können, indem wir Themen, die im Einwohnerrat bereits schon mal Thema waren, aufgegriffen und versucht haben

Reto von Glutz (SVP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

zu erläutern, welche Massnahme was für Auswirkungen hat. Konkret ist das einerseits der Steuerfuss, der hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Ich denke, man kann kein Investitionsprogramm besprechen, ohne dass man dort gewisse Szenarien zeigt, weil wenn Sie nachher zum Schluss kommen, Sie wollen den Steuerfuss erhöhen oder gleich behalten oder senken, dann hat das wesentliche Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit unserer Investitionen. Darum hat der Steuerfuss dieses Jahr in den Szenarien ein grosses Gewicht. Gleiches Gewicht haben wir auch dem Allmendschulhaus zudedacht. Sie haben vor einem Jahr - zu Recht - daran gemahnt, dass wir eine Finanzstrategie haben und wir uns an diese Kennzahlen der Finanzstrategie halten sollen. Sie haben in der Folge nachher die Planung des Allmendschulhauses herausgenommen. Inzwischen haben Sie erstens zur Kenntnis genommen, dass der Jahresabschluss besser ausgefallen ist und zweitens haben Sie von uns die Mitteilung erhalten, dass es auch dieses Jahr einen besseren Abschluss geben wird. In der Folge haben Sie dann auch ein Votum unterstützt, wonach der Gemeinderat die Planung des Allmendschulhauses wieder aufnehmen soll. Wir haben das für richtig empfunden, das ist auch unsere Priorität. Das Schulhaus Allmend ist prioritär zu behandeln und darum haben wir das hier aufgenommen und Ihnen versucht Szenarien aufzuzeigen, was bei welchem Steuerfuss mit dem Schulhaus Allmend passiert, können wir das finanzieren oder nicht. Das ist in der nächsten mittelfristigen Perspektive der grösste Aufwandbrocken. Es kommen hintennach schon noch grosse, aber mittelfristig ist das der grösste Brocken. Das ist der Grund, warum die Szenarien so aussehen. Ich gebe Ihnen aber Recht. Man hätte durchaus auch mit anderen Investitionen oder weniger mit dem Steuerfuss spielen können. Für uns war das im Moment dasjenige, was hier diskutiert worden ist und wir das Gefühl hatten, darauf wollten wir das Gewicht legen, um Ihnen zu zeigen, was die Auswirkungen sind.

Bezüglich Priorisierung muss ich sagen: wir zeigen Ihnen, wo wir Handlungsbedarf sehen, aber es ist eine höchst strategische Aufgabe zu sagen, wo man die Prioritäten von Ihrer Seite her sieht. Da erwarten wir in der Behandlung des Investitionsprogramms, dass Sie uns rechtzeitig anzeigen, die Investition X oder Y, die sehen wir nicht, oder die wollen wir nicht, oder die wollen wir erst später. Das haben Sie letztes Jahr auch gemacht. Zu Recht. Das ist Ihre Aufgabe, die Sie dort wahrgenommen haben und von der ich denke, dass Sie diese auch in Zukunft wahrnehmen werden. Von dem her wollten wir nicht herangehen und sagen, für uns ist beispielsweise das Seefeld wahnsinnig prioritär oder dieses oder jenes, sondern wir haben Ihnen über die Art und Weise wie wir den B+A gestaltet haben angezeigt, dass das Schulhaus Allmend für uns wichtig ist, und über das andere erwarten wir von Ihnen Signale. Sie haben es ja aus den verschiedenen Voten gehört, die Prioritäten sind bei Ihnen auch ganz unterschiedlich und da würden wir gerne die Signale hören, damit wir diese nachher in den Finanz- und Aufgabenplan einflechten können. Das wollte ich zur Kritik vorausschicken. Es gibt auch Punkte, die ich gerne beherzige und entgegennehme und versuche, nächstes Jahr besser zu werden.

Vielleicht noch ein Wort zur BVK. Das war ein wertvoller Hinweis bezüglich der Ausschreibung der IT-Dienstleistungen. Es ist tatsächlich so, dass wir das in der Verwaltung auch schon diskutiert haben: die langjährige Abhängigkeit - vielleicht auch mal eine Mehrsicht zuzulassen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir bereits daran gegangen sind, die Ausschreibung neu aufzusetzen. Wir möchten die Dienstleistungen ausschreiben und dann schauen, was hereinkommt und sind gespannt darauf.

Dies meine vorausschickenden Bemerkungen. Jetzt bin ich gespannt auf die Detailberatung.

Detailberatung

Bericht und Antrag

2.2 Benchmark

Wir haben das Thema Benchmark in der Fraktion relativ ausführlich diskutiert; es ist auch in der GPK diskutiert worden. Was wichtig ist: im B+A steht, es sei auf der operativen Ebene, wenn es darum geht, die effektiven Massnahmen und Erkenntnisse zu erarbeiten. Wir würden uns aber wünschen, weil wir da durchaus einen strategischen Aspekt sehen, dass man gewisse Informationen erhalten würde. Wir werden das entsprechend auch in Zukunft fordern, damit wir genauer sehen, wo die strategischen Punkte im Benchmark sind, wo wir allenfalls Handlungsbedarf haben. Nicht auf der Ebene von ganz weit unten, wenn es zum Beispiel um Heizkosten eines einzelnen Gebäudes geht, aber im Gesamten möchten wir angezeigt sehen, wo wir stehen, wo wir Handlungsbedarf hätten.

Stefan Maissen (FDP)

Die Diskussion ist tatsächlich so gelaufen. Ich kann nachvollziehen, dass Sie auf strategischer Ebene gerne wissen möchten, wo Handlungsbedarf besteht. Das Problem ist, dass die Zahlen zum Teil nicht vergleichbar sind, bevor man in die Tiefe geht und diese analysiert. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben Schulliegenschaften, die einen Versicherungswert haben. Und wenn ich den gleichen Versicherungswert bei anderen Gemeinden anschau, dann liegt dieser an einem ganz anderen Ort. Da müssen wir von der Verwaltung dahinter und schauen, warum die Werte unterschiedlich sind. Das sind Werte, die massgebend oben bei den Kosten der Schule erscheinen, zu denen Sie zu Recht sagen, wir möchten auf der strategischen Ebene steuern, aber tatsächlich liegen die Hunde irgendwo in der operativen Ebene unten begraben. Das müssen wir erst aufarbeiten. Wir müssen zuerst wissen, warum die Differenzen so gross sind, damit wir Ihnen nachher sagen können, es hat einen Grund oder eben keinen. Ich muss mir irgendwie schon noch bewusstwerden, wie wir Sie füttern könnten, damit Sie Ihre strategische Aufgabe wahrnehmen können und nicht zu tief ins Operative abtauchen müssen, aber dass Sie trotzdem die nötigen Informationen erhalten. Das ist nicht ganz einfach. Vor allem auch, weil gewisse Gemeinden im Benchmark mitmachen, die es nicht so gerne sehen, wenn sie in anderen Gemeinden in der Öffentlichkeit miteinander verglichen werden. Wiederum, dort liegt der Hund begraben: manchmal ist halt der Unterschied im Detail und wenn das dann die Bevölkerung dieser Gemeinden nicht weiss, warum sie zum Beispiel an einem Ort teurer sind, dann kann das zu falschen Schlüssen führen. Vielleicht müssten wir das wirklich mal bilateral in der GPK diskutieren und anschauen, welche Daten für Sie wirklich wichtig sind, damit Sie einen Vergleich machen können, aber wo die Grenze liegt, bei der ich sagen muss, das ist nun unser Bier.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

5.1 Gesamtbewertung der Varianten

Herr Jung hat gesagt, es hat sich im B+A auf die Variationen des Steuerfusses konzentriert und es gibt dann in dieser Tabelle ein Feld, das grün ist aufgrund der Variation des Steuerfusses. Ich habe nachgeschaut, wie viele Prozente der budgetierten Nettoinvestitionen seit 2015 - 2020 tatsächlich investiert worden sind. Das geht vom Jahr 2015 mit -19% über ins Jahr 2018 wo man 57% nicht investiert hat, ins Jahr 2020 wo man 20% nicht investiert hat.

Herr Jung, Sie haben gesagt, Sie erwarten von uns, dass wir sagen, wo die Prioritäten liegen, aber wir kennen die Gründe grösstenteils nicht, warum die Investitionen nicht getätigt wurden. Für uns ist es darum auch schwierig, jetzt die Prioritäten zu fassen und da hätte ich irgendwie noch erwartet, dass man nebst der Variation des Steuerfusses auch eine Sensitivität betreffend Realisierungsgrad der Investitionen abbilden würde, denn dann sähe die Tabelle nicht ganz so klar aus, dass es nur ein grünes Feld gibt.

Jürg Biese (FDP)

Anhang: Liste der Investitionen nach Aufgabenbereichen

301.01 Verkehr BD, Seestrasse

Auf Seite 5 haben wir die Seestrassensanierung. Da sind von 2022 bis 2027 je 300'000 Franken enthalten. Meine Frage lautet, ob es allenfalls möglich ist, dass man ein Jahr auslassen oder Arbeiten etwas später ausführen würde, damit man die Talsohle der Finanzen berücksichtigen und vielleicht so ein wenig umgehen könnte. Das wäre eine Frage an Thomas Zemp, wie er dies sieht.

Reto Eberhard (SVP)

Wir sanieren immer jenen Teil der Seestrasse, an welchem wir auch die Ufermauern sanieren. So gesehen würde es nicht Sinn machen, einfach die Ufermauern zu machen und dann den Strassenteil erst ein Jahr später. Das sind jetzt mal Beträge, die wir eingestellt haben. Sie sehen, es sind immer die gleichen mit 300'000 Franken, die eine Annahme abbilden. Natürlich kann man dies abhängig von der Dringlichkeit schieben. Nur wird das letztlich keinen Einfluss auf die Rechnung haben, weil es zu kleine Beträge sind. Aber es ist noch nicht gesagt, dass es so eintrifft wie wir es budgetiert haben, sondern wir zeigen einfach an: das ist die durchschnittliche Investition, die wir jeweils benötigt haben. Aber wenn es jetzt ganz eng wird, ist das natürlich etwas das man schieben kann - unter der Voraussetzung, dass nicht irgendwo eine Mauer ganz verfällt und wir nachher mehr Schaden haben oder sie teurer wird, als wenn man es rechtzeitig macht.

Thomas Zemp (CVP)

Ja, das ist genau das, was ich eigentlich gedacht habe, dass man wahrscheinlich vom Betrag her nicht wahnsinnig viel machen kann, aber dass das eine mögliche Variante ist, die der Gemeinderat im Hinterkopf behält, allenfalls ein Jahr oder zwei zu schieben. Ich nehme an, die wichtigsten Ufermauern hat man bereits gemacht. Ob eine Ufermauer ein Jahr früher oder später saniert wird, da glaube ich nicht, dass diese gerade umfällt, aber ich danke für die Ausführungen.

Reto Eberhard (SVP)

301.06 Hochbauprojekte, Sanierung SH Allmend

Wir haben vorher von Herrn Jung gehört, dass er gerne klare Ansagen möchte. Ich denke, die Sanierung des Schulhauses Allmend im 301.06 ist absolut zentral und ich glaube nicht, dass sich hier jemand dagegenstellen würde. Die Frage ist, ob dies ein realistischer Zeitplan ist, auch bezüglich des Bauprogramms. Das würde heissen, wenn ich es richtig interpretiere, dass die Inbetriebnahme 2024/2025 erfolgt.

Stefan Maissen (FDP)

Ja, wir haben letztes Mal eine Zusammenstellung machen lassen, wie das mit dem qualifizierten Verfahren abläuft, welches wir anwenden wollen und müssen und sind zum Schluss gelangt, dass es möglich sein müsste, wenn wir Gas geben. Es ist ambitioniert. Wir waren selbst erstaunt, dass es so lange braucht. Aber mit dem Verfahren, das letztlich bis zur Volksabstimmung geht, braucht es diese Zeit. Es wäre aber das Ziel, das so zu erreichen. Und bezüglich Beträge: da würde ich mich jetzt mehr auf den Gesamtbeitrag fokussieren als auf die Aufteilung, was in welchem Jahr anfallen wird.

Thomas Zemp (CVP)

501.30 Portfolio Verwaltungsvermögen, Planung Seefeld

Bemerkungen und ein Antrag zur Planung Seefeld: Auch bezüglich dem Seefeld Horw sind grosse Millionenbeiträge eingesetzt. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist das, so wie es dargestellt ist und die Investitionen geplant sind, zu viel des Guten. Wir plädieren einmal mehr für eine zeitliche Entlastung durch Verschiebung. Die Ausgaben von 4 Millionen Franken, wie es Kollege Eberhard eben gesagt hat, in der Talsohle und auf dem Höhepunkt des innerkantonalen Finanzausgleiches kommt einfach zu früh und in einem zu grossen Ausmass. Namens SVP-Fraktion stelle ich darum den Antrag, dass bezüglich der Planung Seefeld jede Etappe ab dem Investitionsjahr 2023 jeweils um zwei Jahre nach hinten zu verschieben ist. Wir beantragen keine Kürzung, sondern eine zeitliche Entlastung ab 2023 jeweils zwei Jahre nach hinten zu verschieben. Damit bleibt der

Reto von Glutz (SVP)

Handlungsspielraum für die Gemeinde und die Entlastung der Gemeindekasse gewahrt.

Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Eigentlich müssten Sie «gebrannte Kinder» sein, das haben Sie nämlich letztes Jahr mit dem Schulhaus Allmend gemacht und das führt jetzt genau zum Problem, dass wir ein Jahr verlieren. Letztlich ist es doch so: wir zeigen Ihnen auf, dass wir mit einer Grössenordnung von 16 Millionen Franken rechnen. Wir haben heute noch ziemlich wenig Kenntnis darüber, welche Etappen was beinhalten und welche Etappe wann ausgeführt wird. Wir wissen nicht, ob es zwei oder drei oder vier oder fünf Etappen gibt. Was aber klar ist: bei diesen Beträgen müssen wir sowieso mit jeder Etappe in den Einwohnerrat kommen und das nachher abholen. Dann kann man es immer noch verschieben, wenn man es verschieben will. Ich glaube, wenn Sie von der Talsohle reden, dann ist es bei diesen Investitionen wahrscheinlich entscheidender, wie das Zinsniveau ist, wenn Sie das Geld holen müssen, als die anderen Rahmenbedingungen. Vielleicht baut man gewisse Sachen früher, weil man eben das Geld günstig hat, als dass man sie auf die lange Bank schiebt.

Thomas Zemp (CVP)

Ich erinnere gerne an die frühere Diskussion zurück, als wir auch eine Investitionswelle hatten, vor vielleicht 6, 7 Jahren. Da war es auch die SVP, die gesagt hat: 100 Millionen Verschuldung ist das Maximum, was es erträgt. Das hat man einfach so gesagt, da gibt es keine Grundlage dazu. Das war eine Einschätzung von Alwin Larcher. Und jetzt stellt sich die Frage, Herr von Glutz, wo stehen wir heute mit der Verschuldung? Bei 50 Millionen im Moment.

Ich würde gerne den Bogen schlagen vom Votum von Herrn Zemp zum Votum von Herrn Biese bezüglich der Sensitivität der Investitionen. An diesem Beispiel - und an weiteren, die Sie anschauen können - sehen Sie, wie schwierig es ist zu sagen, in diesen Jahren fällt genau das an. Wir müssen Ihnen mit dem längerfristigen Investitionsplan zeigen, was generell anfällt und wir müssen es ja irgendwie auf die Jahre verteilen. Aber gerade beispielsweise das Seefeld oder wenn Sie auch den Busbahnhof nehmen: dort haben Sie keine klare Sicht, was im 2025 oder im 2026 kommt. Da sind alle Möglichkeiten vorhanden. Wenn Leute Rechtsmittel ergreifen können, wenn Sie politisch nicht durchdringen, dann haben Sie sofort eine Verschiebung bei den Investitionen. Das Einzige, was Sie einigermassen gesichert haben, sind die Vorschläge von 2022, allenfalls 2023. Aber 2022, das ist jetzt konkret was im AFP 2022 aufgenommen werden sollte, wenn nicht noch irgendetwas Unvorhergesehenes passiert. Aber alles, was später ist, müssen wir Ihnen anzeigen, dass das in nächster Zeit einmal kommt. Wir müssen eine Annahme treffen, wann es kommt, aber wir können Ihnen keine Garantie geben, dass es genau dann kommt.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Das ist ein Thema, welches alle Gemeinden umtreibt. Wenn ich mit meinen K5-Kollegen spreche oder auch im VLG, die haben alle das gleiche Problem. Sie haben alle auch die Bugwelle von Investitionen, die sie ins Investitionsprogramm aufnehmen müssen, aber sie wissen nie, ob sie es realisieren können. Bei unserer Gemeinde kommt im Moment noch dazu, dass wir eigentlich kein Hindernis beim Finanzieren haben. Wir können es finanzieren, so wie wir es Ihnen jetzt dargelegt haben. Es gibt aber Gemeinden, die können das dann gar nicht mehr finanzieren und die müssen eine Verzichtsplanung machen und versuchen zu priorisieren in dem Sinn, dass sie einfach Notnägel einschlagen. Wir haben das Glück, dass wir in der komfortablen Lage sind, dass wir sagen können: wenn jetzt etwas dringend ist, dann machen wir es, weil wir es zahlen können. Das ist vielleicht der Vorteil, den wir bei unserer Gemeinde haben, aber das Problem der aufgeschobenen Investitionen aus irgendwelchen Gründen, das haben alle Gemeinden.

Es kommt nicht alle Tage vor, dass zwei Gemeinderäte bei einem SVP-Antrag das Wort ergreifen. Das Thema ist schon länger bekannt. Sie wissen auch, dass wir diverse Vorstösse hängig haben. Wir haben das Thema einer zeitlichen Verschiebung einfach

Reto von Glutz (SVP)

deshalb vorbringen wollen, damit sich der Rat wirklich bewusst ist, wieviel Geld wir hier in die Hand nehmen und wie unklar die ganze Planung - was wann wo investiert wird - ist. Unser Hauptanliegen ist, dass Sie einfach sensitiv mit diesen hohen Ausgaben umgehen. Nach den Ausführungen und da wir in weiteren Berichten und Anträgen - und das erwarten wir von Ihnen Herr Gemeinderat - nochmals darüber reden können, würde ich ausnahmsweise den Rückzug dieses Antrages bekannt geben. Ich denke, die Stimmung ist spürbar und wir würden zu gegebener Zeit das Investitionsprogramm einfach wieder anpassen. Von dem her ist das jetzt hinfällig.

301.01 Verkehr BD, Sanierung Grisigenstrasse

Ich hätte ein Rückkommen, und zwar auf Seite 7 bzw. 5. Dort heisst es: «Perimeterbeiträge Grisigenstrasse». Das Postulat wird jetzt nicht behandelt. Ich weiss nicht, ob es einen Zusammenhang hat, aber vielleicht können Sie es trotzdem erklären. Wir haben mal an einer Einwohnerratssitzung klar votiert, dass die 20% bezahlt werden sollen. Was wird jetzt hier verfolgt? Man sieht, dass sich der Kanton neu auch beteiligt - das steht im Postulat. Der Postulant weiss sehr gut Bescheid, da staune ich - er wohnt ja nicht dort oben, aber er kennt all die Details. Wie sieht das aus? Was hat das für einen Einfluss auf das Papier?

Urs Röllli (FDP)

Gar keinen Einfluss. Das Papier ist ja eigentlich nur informativ. Entscheidend wird es dann, wenn es im AFP ist. Wobei, auch dort hat es keinen grossen Einfluss, denn die Einnahmen sind ja nicht in dem Sinn verpflichtend, dass wir diese erreichen müssen, sondern wir werden dann die Verfügung des Perimeters machen, wenn wir wissen, welchen Beitrag die Gemeinde daran zahlt. Das Projekt hat sich bezüglich Kosten auch dauernd verändert und damit verändert sich entsprechend auch der Perimeterbeitrag dauernd. Das sind jetzt einfach mal die 120'000 Franken, das ist eine Annahme. Das würde sich wahrscheinlich etwa decken, wenn man von Gemeindegeseite her gleich viel bezahlt wie der Kanton, so wie es im Postulat steht. Aber letztlich haben wir im Moment weder etwas versprochen noch zugesichert, sondern wir warten jetzt auf das Postulat. Wir haben es auch deshalb für heute traktandiert, weil die Strassengenossenschaft natürlich gerne wissen möchte, um welche Beträge es geht. Und das sind für die einzelnen Betroffenen bis zu 17% der Restkosten, die sie bezahlen müssen. Das schenkt natürlich ein, wenn man irgendwo 140'000 bis 150'000 Franken Restkosten hat.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2022-2027 mit Finanzplanung wird mit 25:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ivan Studer (CVP)

3. B+A Nr. 1677 Naphthalin-Sanierung Schulanlage Hofmatt

Eintreten GPK

Die GPK hat den Bericht und Antrag zur Naphthalin-Sanierung Schulhaus Hofmatt besprochen. Wir haben festgestellt, dass Abklärungen gemacht worden sind und haben unsere Fragen von Gemeinderätin Astrid David Müller beantwortet erhalten. Wir spüren den Willen, das unangenehme, aber unumgänglich zu lösendem Problem anzupacken. Eine detaillierte Kostenschätzung beziehungsweise Informationen, wie sich der doch hohe Betrag von 689'000 Franken zusammensetzt, wurden uns nachgeliefert. Der Bedarf, dass etwas gemacht werden muss und auch die Dringlichkeit der nahenden Sommerferien und der Sonderkredit sind unbestritten.

Reto von Glutz (SVP)

Die GPK dankt für die Erklärungen, dass der Gemeinderat das für die Bevölkerung wichtige Thema so kurzfristig aufgenommen hat und wir sprechen uns für Genehmigung eines Sonderkredit im Betrag von 689'000 Franken aus.

Eintreten BVK

Die BVK hat an ihrer Sitzung vom 14. Juni 2021 die Problematik des Naphthalins im B+A 1677 besprochen. Untersuchungen haben ergeben, dass im Schulhaus Hofmatt die Raumluftbelastung wieder auf hohe Werte angestiegen ist. Unklar sind die genauen Schadstoffquellen und ihr Zusammenspiel mit der Heizung und anderen Faktoren. Somit ist klar, dass es zu einer Sanierung kommen muss, damit die Raumbelastung wieder unter die entsprechenden Richtwerte fällt.

Im Sanierungsprogramm haben wir gesehen, dass die verschiedenen Räume unterschiedliche Massnahmen von Abdichtungen am Boden, Wänden und Decken erforderlich machen. Die BVK hat sich die Frage gestellt, ob in dieser Sanierung sämtliche Kosten, so auch ein eventueller Ersatz des Mobiliars enthalten ist und ob das Raum- und Akustikklima dieser Räume nach der Sanierung nicht zu fest beeinträchtigt wird.

Ebenfalls haben wir genauere Angaben der Kostenschätzung von +/- 15% gewünscht. Gemeinderätin Astrid David Müller konnte uns über die genauen Kosten informieren. Betreffend Raumklima ist die Entwicklung noch ungewiss, da man noch nicht auf Erfahrungen zurückgreifen kann.

Alles in allem ist die BVK für Eintreten auf den B+A 1677 und für Bewilligung des Sonderkredits von 669'000 Franken.

Eintreten L20

Die L20 hat den B+A 1677 zur Naphthalin-Sanierung der Schulanlage Hofmatt sowie den Anhang studiert und diskutiert. Ich nehme es vorneweg: Die L20 ist für Eintreten und Annahme der Vorlage.

Dennoch einige Ausführungen und Bemerkungen dazu: Wir stellen fest, dass die Naphthalin-Problematik ein eher neueres Phänomen und noch wenig Erfahrung im Umgang damit vorhanden ist, insbesondere fehlen Erfahrungen in Bezug auf den Erfolg von Sanierungen. Insofern hätten wir es begrüsst, wenn der B+A sich eingehender mit den Optionen auseinandergesetzt bzw. dies dargestellt hätte. Ein B+A sollte auch als Kompass durch das vorgelegte Projekt dienen und die Überlegungen und die Abwägungen des Gemeinderates zum Ausdruck bringen, insbesondere als im vorliegenden Fall der technische Fachbericht keine Meisterleistung in Sachen Kommunikation ist. Ich hoffe, dass ich dies nicht bei jedem B+A wiederholen muss.

Was nun als nachhaltiger Lösungsvorschlag für 689'000 Franken präsentiert wird, ist ja letztlich ein grosses, luftdichtes Pflaster, bei dem man vorher die Wunde gereinigt hat. Das ist eine akzeptable pragmatische Lösung; wie nachhaltig sie tatsächlich ist, wird sich aber erst noch weisen müssen.

Als Alternativen zu dieser Art der Sanierung hätten sich für die weniger belasteten Räume permanente Lüftung als Minimalvariante oder als Maximalvariante ein Ersatzneubau angeboten. Das eine wäre eine reine Symptombekämpfung wie sie provisorisch bereits durchgeführt wird, das andere eine Radikallösung mit hohen Kostenfolgen und der Verschwendung von grauer Energie in den bestehenden Baustrukturen. Wie sich zeigt, haben wir es mit einem klassischen Nachhaltigkeitsdilemma zu tun, bei dem

Reto Eberhard (SVP)

Urs Steiger (L20)

ökonomische, ökologische und soziale Aspekte mitspielen. Die vorgeschlagene Lösung bringt bezüglich keiner dieser Aspekte eine wirklich überzeugende Lösung – sie ist mässig, aber nicht überaus teuer, entfernt zwar das primär belastete Material, aber nicht die Quelle in den Betonstrukturen und sie reduziert die Belastung für Lehrpersonen sowie Schüler und Schülerinnen, allerdings nicht vollständig und lässt sie für die künftigen Unterrichtsstunden in einer Plastikhülle und einem entsprechend unangenehmen Raumklima zurück. Diese Halbheiten haben wohl alle Diskussionen der letzten Wochen zu diesem B+A geprägt – und dabei auch ein gewisses Unwohlsein ausgelöst.

Die L20 kommt dennoch zum Schluss, dass die vorgeschlagene, pragmatische Lösung ein gangbarer Weg ist. Es ist uns aber wichtig, dass nebst der künftigen Schadstoffbelastung die Frage des Raumklimas im Auge behalten wird. Allenfalls wird es notwendig sein - eventuell noch im Rahmen der Sanierung - dennoch eine Lüftung einzubauen. Diesbezüglich tolerieren wir auch einen finanziellen Spielraum.

Abschliessend ist auch anzumerken, dass diese Übung durchaus auch eine neuerliche Lehre sein soll, bei der Verwendung von Baumaterialien höchste Achtsamkeit zu üben. Was heute hilft, Zeit und Kosten zu sparen, kann langfristig langwierige Sanierungen und hohe Kosten mit sich bringen. Ein rigoroses Hinterfragen kritischer Prozesse ist daher eine lohnenswerte und tatsächlich nachhaltige Investition in die Zukunft.

Eintreten CVP/GLP

Die CVP-/GLP-Fraktion hat den B+A 1677 Naphthalin-Sanierung Schulanlage Hofmatt beraten. Die geplanten Massnahmen und Finanzierung zur umfassenden Naphthalin-Sanierung der beiden Gebäude der Schulanlage Hofmatt von 1964 wurden als vertretbar beurteilt. Gewisse Unsicherheiten bezüglich Schadstofffreiheit nach der Sanierung bleiben allerdings bestehen, da die nötigen Langzeiterfahrungen dazu fehlen. Ein Abriss der Anlage und Neuanlage erachtet die CVP-/GLP-Fraktion jedoch als unverhältnismässig, da das Schulhaus Hofmatt erst noch saniert wurde.

Die vorgeschlagene Variante zur Naphthalin-Sanierung des Hofmattschulhauses ist zwar nicht die günstigste, diese erachten wir jedoch als die meist erfolgs- und ressourcenversprechende.

Die CVP/GLP ist einstimmig für Eintreten auf den B+A 1677 Naphthalin-Sanierung Schulanlage Hofmatt und wird den erforderlichen Sonderkredit von 689'000 Franken genehmigen.

Eintreten FDP

Der B+A 1677 zur Naphthalin-Sanierung der Schulanlage Hofmatt hätte bei uns in der FDP-Fraktion eigentlich kein Potenzial zu grösseren Diskussionen gehabt. Es ist für uns absolut unbestritten, dass Schulhäuser von Naphthalin befreit werden müssen, und dass man mit einer Versiegelung nicht einfach ein Pflaster auf eine halbwegs sanierte oder ersetzte Bausubstanz aufbringen darf, um das Ausdampfen von Restanzen des Naphthalins zu verhindern. Damit würden wir das Problem nicht nachhaltig lösen, sondern einfach in die Zukunft hinausschieben oder gar der nächsten Generation überlassen, was ganz und gar nicht im Sinne der FDP wäre.

Allerdings wäre auch die Variante Abbruch und Neubau eines Schulhauses, welches in den 70er Jahren erbaut worden ist und noch eine gute Bausubstanz aufweist, unverhältnismässig, wäre aber natürlich die sicherste Variante, um das Naphthalin loszuwerden.

Wir haben den B+A dann aber doch noch länger diskutiert als erwartet. Einerseits wegen der fehlenden Auskünfte im B+A hinsichtlich Langzeitauswirkungen,

Daniela Luthiger
(CVP)

Jürg Biese (FDP)

Nutzungskomfort sowie Raumklima nach den Sanierungsmassnahmen, andererseits aber auch, weil man im vorliegenden B+A kein Wort über die Naphthalin-Sanierung aus dem Jahr 2019 lesen konnte. Wir haben uns darum gefragt, ob man im 2019 genügend Abklärungen getroffen hat, bevor man zu Not-Sanierungsmassnahmen gegriffen hat.

Bei den Kreditüberträgen in der Erfolgsrechnung aus 2019 ins 2020 ist nämlich nur noch von 10'000 Franken gesprochen worden, die für Messungen ins 2020 übertragen werden mussten. Man hat also schon damals den Eindruck erhalten können, dass die Angelegenheit mit den damaligen Abklärungen und Massnahmen abgeschlossen wäre.

Heute wissen wir, dass dem nicht so ist, und dass wir über die 689'000 Franken zusätzliche Sanierungsmassnahmen befinden müssen. Ob das abschliessend ist oder auch noch in weiteren Schulhäusern Naphthalin zu erwarten ist, wissen wir nicht mit hundertprozentiger Sicherheit. Selbst im Hofmatt-Schulhaus verbleibt in der Bauwerkstruktur bei jeder Sanierungsmassnahme ein Restanteil Naphthalin.

Zugegebenermassen haben im 2019 natürlich die Erfahrungen noch gefehlt, die Tragweite ist unterschätzt worden - man hat gemeint, mit etwas mehr Lüften sei die Problematik unter Kontrolle - und es ist schon damals darauf hingewiesen worden, dass man sich mittels Messungen ein umfassenderes Bild von der Situation machen muss. Wie schon gesagt, wir wissen auch heute noch nicht, ob mit den vorgeschlagenen Massnahmen schadstofffreie, nachhaltige und komfortable Schulräume gewährt werden können oder nicht. Es scheint aber so, dass man nie die Gewissheit haben wird, wenn wir jetzt nicht vorwärts machen und nachhaltig sanieren.

Deshalb ist die FDP für Eintreten und Genehmigung des Sonderkredits als Ausgabenbewilligung von 689'000 Franken.

Eintreten SVP

Der Grund für die Sanierung ist: Naphthalin riecht unangenehm und ist vor allem krebs-erregend. Die Kostengenauigkeit von +/- 15% ist damit zu begründen, dass es sich um eine Kostenschätzung und nicht um eine Offerte handelt. Unsere Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass die Sanierung möglichst schnell in Angriff genommen wird und hat weder Einwände oder Anträge.

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und empfiehlt die Genehmigung des B+A 1677.

Es ist schon vieles gesagt worden, von der L20 und auch von der FDP. Ich habe nur noch ein paar Ergänzungen, und zwar geht es um den Bericht aus dem Jahr 2019, als man die Naphthalin-Messungen gemacht hat. Der liegt mir vor und da hat man immer 8 Stunden ohne Lüften gemacht. Ich frage mich schon, warum man denn nicht Varianten gebracht hat, damit man hätte vergleichen können, denn ich hoffe schwer, dass jede Lehrperson nach einer 45minütigen Lektion immer den Raum lüftet. Das wäre ganz interessant gewesen, was das für Messungen ergeben hätte.

Ebenso ist im B+A unter Punkt 6 ganz klar aufgeführt: «wir empfehlen, ein Büro für Bau-physik noch zuzuziehen», damit das erwähnte Plastiksack-Klima, welches sich mit der Wandbeschichtung ergeben könnte, zumindest mal hätte anschauen können und ins Verhältnis setzen mit dem, in das man nun Geld investieren und umsetzen will. Selbstverständlich, erste Priorität hat die Sicherheit der Kinder, die Gesundheit aller, welche im Schulzimmer sind, das ist unbestritten. Wenn man die Antworten liest, welche wir

Hans Stampfli (SVP)

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

von der Gemeinderätin erhalten haben, dann ist vieles einfach: wir lösen das Problem mit ein bisschen Lüften und Befeuchtungsgeräten, welche sicher auch nicht ganz so CO2-kompatibel sind, weil die Geräte sehr viel Strom brauchen. Selbstverständlich werden wir das überweisen, wir werden den Kredit sprechen - aber es ist sehr unbefriedigend, weil noch sehr viele offene Fragen bestehen, die noch zuwenig abgeklärt wurden und jetzt liegt uns das vor und der Zeitdruck ist da, weil man das in den Sommerferien erledigen möchte, aber ob das wirklich der richtige Weg ist, das werden wir leider erst nachher sehen.

Sie haben es in Ihren Voten perfekt auf den Punkt gebracht. Das war das Dilemma, dem wir uns gegenübergesehen haben. Auf der einen Seite müssen wir relativ viel Geld in die Hand nehmen, auf der anderen Seite ist natürlich der Schadstoff nicht definitiv weg, das ist uns bewusst. Das heisst wir entfernen zwar Quellen, aber wir müssen abdecken und dann hat das allenfalls weitere Auswirkungen auf das Raumklima. Das ist auch das Thema, welches wir mit den Experten immer wieder besprochen haben. Wir sind aber der Meinung, dass es angesichts der Situation vertretbar ist die Sanierung zu machen. Das Schulhaus ist in einem guten Zustand und es wäre jetzt wirklich eine Verschwendung - wie Sie richtig gesagt haben - das ganze Schulhaus abzubrechen. Es kann der Schule noch sehr gut dienen und es entspricht auch den Bedürfnissen der Schule. Von dem her mussten wir uns überlegen, wie wir vorgehen. Zuerst wurde die Variante angeschaut, nur abzudecken. Da mussten wir sagen: nein, das bringt es nicht. Die Abdeckung mit dem Harz mit einer zusätzlichen Dispersion, die in dem Sinn für das gemacht ist, dass sie das Raumklima verbessern sollte und eben Schadstoffe vernichtet, da haben uns die Experten empfohlen, dass das eine gute Variante darstellt. Es ist klar, ohne Lüftung kann man das sicher nicht machen. Man hätte die Messungen unter extremen Bedingungen machen müssen. Darum hat man die Messungen natürlich nach acht Stunden Nicht-Lüften gemacht und nicht mit regelmässigem Lüften. Die Grenzwerte sind auch für eine lebenslange Exposition gedacht, also man musste mal eine Maximal-Situation prüfen.

Ich schlage vor, wir gehen in die Detailberatung und dass wir dann allfällige Fragen anhand der konkreten Punkte anschauen können.

Detailberatung

keine Fragen zum B+A

Anhang: Bericht Firma Holinger AG

keine Fragen

Abstimmung Beschluss:

Dem Sonderkredit als Ausgabenbewilligung von Fr. 689'00.00 (inkl. MWST) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15% für die Naphthalin-Sanierung der 1964 erstellten Gebäude der Schulanlage Hofmatt (Trakt 1 und Trakt 2) der KST 23012002 wird mit 26:1 Stimmen zugestimmt.

4. Bericht Präsidium Geschäftsprüfungskommission

Es freut mich sehr, Ihnen als GPK-Präsident über das vergangene erste Amtsjahr zu berichten. Es war in vieler Hinsicht ein besonderes Jahr für die GPK und mich. Dies hat viele Gründe. Durch die neue Reihenfolge der Fraktionsgrössen hatte eine andere Partei Anrecht auf das GPK-Präsidium. Nun hat die GPK nach sechs Jahren einen neuen Präsidenten. Diese Aufgabe übernehme ich gerne.

Astrid David Müller
(SVP)

Ivan Studer (CVP)

Lukas Bucher (L20)

Drei neue Gesichter nahmen seit September 2020 fix Einsitz in der GPK: Leo Camenzind, Pius Barmet und Stefan Maissen. Wie alle Kommissionen, Parlamente und Betriebe musste die GPK zur Durchführung von Sitzungen unter den Coronamassnahmen neue Wege finden. Somit hielten wir einige Sitzungen digital ab. Die weiteren Sitzungen fanden mehrmals in einem Schulzimmer in den Palazzine statt – das ergab teilweise ein ungewohntes Bild. Zehn erwachsene Menschen sitzen an Tischen und auf Stühlen, die für viel kleinere Menschen angeschafft wurden.

Nebst dem Tagesgeschäft aus den Einwohnerratsgeschäften beschäftigte sich die GPK auch dieses Jahr mit Zusatzaufgaben. Die GPK ist immer offen für Anliegen aus der Bevölkerung, die alle angehört werden und die Kommission entscheidet, ob daraus eine Prüfung erfolgen darf.

Die Reglemente der Gemeinde geben der GPK besondere Rechte. Damit darf die GPK bis ins Detail die Arbeit des gesamten Gemeinderates, der Verwaltung und den Schulen prüfen. Dies bezieht sich auf weit mehr als die finanziellen Aspekte. Es ist geplant, 2020 - 2024 ungefähr vier Sonderprüfungen zu aktuellen Themen durchzuführen. Die Planung dafür läuft.

Die GPK hat seit September 2020 insgesamt circa 35 Stunden getagt. Es waren intensive Sitzungen, die sicher allen Mitgliedern viel abverlangt haben. Gerade, weil wir alles Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier sind, die neben dieser Tätigkeit noch viele andere Rollen und Verantwortungen im Leben haben.

Ich danke den Mitgliedern der GPK für die gute Mitarbeit und dass ich mich bei Fragen an dienstältere Mitglieder wenden darf. Ich wünsche allen Mitgliedern, Ersatzmitgliedern und regelmässigen GPK-Gästen eine erholsame sitzungsfreie Zeit und freue mich über alles weitere.

5. dringliche Motion Nr. 2021-318 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Digitale Ratsteilnahme

Wir sind epidemiologisch momentan in einer besseren Lage, sogar in so einer guten Lage, dass der Bundesrat gestern grossflächige Lockerungen beschlossen hat. Ähnlich ist es bereits vor einem Jahr im Sommer gewesen, als gelockert worden ist und dann die Pandemie über den Sommer schon beinahe ein wenig verdrängt wurde. Der Unterschied zu letztem Jahr ist die laufende Impffensive und die Teststrategie, mit der, so hoffen wir, die Situation stabil bleiben wird. Dennoch gibt der vergangene Herbst und Winter 2020 Anlass zur Sorge. Es hat uns gezeigt, dass auf eine stabile Situation kein Verlass ist. Denn das Virus verändert sich und tritt in anderen Formen erneut auf. Daher ist auch die Forderung meines Postulates, trotz anstehenden Lockerungen, nicht obsolet, denn wir wissen noch nicht, wie die Situation in ein paar Monaten aussehen wird.

Noel Schemm (L20)

Glücklicherweise konnte der Ratsbetrieb trotz allem mehr oder weniger aufrechterhalten werden. Mit Massnahmen wie der Quarantäneverordnung besteht aber die Gefahr, dass der Ratsbetrieb dahingehend eingeschränkt wird, dass Einwohnerratsmitglieder «unverschuldet» nicht an die Sitzungen kommen können. Mit «unverschuldet» ist gemeint, dass sie auf Grund ihres korrekten Verhaltens, z.B aktives Contact Tracing, Kontakt mit einer positiv getesteten Person angeben oder bei Symptomen einen Test machen, sich an die vom Staat vorgeschriebenen Quarantänemassnahmen halten müssen.

Wenn Einwohnerräte im Ratsbetrieb verbleiben, dann hat dies wiederum Auswirkungen auf Abstimmungsergebnisse und die Diskussionen und Beratungen. Es hat ja bei uns auch schon Fälle von pandemiebedingten Abwesenheiten gegeben. Bei einem kleinen Parlament mit 30 Mitgliedern, verteilt auf vier Fraktionen, kann dies durchaus entscheidend sein. Mit diesem Postulat soll geprüft werden, wie solche Situationen anhand einer digitalen Ratsteilnahme verhindert werden können.

Ich bin mir sicher, dass wir alle während der Pandemiezeit viel Erfahrungen mit digitalen Durchführungen von Sitzungen und Veranstaltungen gemacht haben. So haben auch die Kommissionssitzungen online, inklusive Abstimmungen durchgeführt werden können, was immer gut funktioniert hat. Glücklicherweise ist die Digitalisierung an einem Punkt, welche diese Form der Durchführung ermöglicht. Warum also nicht auch die Einwohnerratssitzungen im nötigen Falle auf diese Weise ermöglichen?

Natürlich gilt dabei, das steht auch in meinem Postulat so geschrieben, dass nicht einfach alle online teilnehmen können, weil sie in den Ferien sind oder einen anderen Termin haben. Die digitale Ratsteilnahme soll effektiv für angeordnete Ausfälle im Zusammenhang mit Covid-19 da sein. Die Stadt Luzern beispielsweise macht es uns vor: Grossstadträtinnen und Grossstadträte, die zu Hause in Quarantäne sind, verfolgen die Ratssitzung via Livestream und geben ihre Stimmabgaben per Videochat an die Ratsweibelin ab, diese wiederum leitet die Information an das Ratspräsidium und die Stadtschreiberin weiter. Die Stimmabgabe der Personen die von zu Hause aus teilnehmen, wird öffentlich an der Ratssitzung durchgegeben und genannt. Eigentlich simpel. Welche Ausgestaltung für Horw am geeignetsten wäre, müsste geprüft und abgeklärt werden.

Natürlich kommt es auch immer wieder zu Absenzen, die nichts mit der Pandemie zu tun haben. Ratsmitglieder, welche aber an der Sitzung teilnehmen wollen, dies aber vor Ort nicht dürfen, weil sie sich korrekt verhalten, sollten eine alternative Möglichkeit haben um teilnehmen zu können. Schliesslich haben wir ein Stimmrecht, welches uns entzogen werden darf. Dazu kommt auch noch, dass es besser ist, wenn mögliche angesteckte Personen von zu Hause aus teilnehmen, als dass sie aufgrund des Willens an der Sitzung teilzunehmen, die Quarantänepflicht ignorieren oder auf das Testen verzichten. Ich möchte das niemandem hier unterstellen, die Möglichkeit ist aber schlussendlich da.

Die Pandemie ist noch nicht verschwunden, die technischen Möglichkeiten zur Umsetzung sind aber da und die Gemeinde Horw ist nicht in einer Situation, welche die Finanzierung einer solchen Einrichtung ausschliessen würde. Verwehren wir uns den digitalen Möglichkeiten nicht, stärken wir die Demokratie und überweisen dieses Postulat.

Ich habe hier ein Papier vor mir und da steht «dringliche Motion» und Sie sprechen jetzt beim Eintreten von einem «Postulat». Nun bin ich in doppelter Hinsicht irritiert. Einerseits über den plötzlichen Sinneswandel, dass es nun ein Postulat sein soll, und zweitens über Ihr Anliegen. Insofern erstaunt in dem Sinn, weil wir der Auffassung sind, dass eine Motion eine Änderung eines Reglements verlangen kann. Und zwar ein Reglement, das in der Verantwortung des Gemeinderates liegt. Das nehmen wir in der Regel auch gerne so entgegen. Man kann auch einen Planungsbericht mit einer Motion verlangen. Aber Ihr Anliegen interpretiere ich so, dass Sie eine Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates verlangen. Diese Änderung liegt in Ihrer Kompetenz und darum fühle ich mich jetzt nicht berechtigt, Ihre Geschäftsordnung in irgendwelcher Art und Weise anzupassen. Ich denke, das wäre eher ein Anliegen für das Büro. Ihr Anliegen müssten Sie ans Büro richten, damit man die Geschäftsordnung des Einwohnerrates Ihrem Anliegen entsprechend anpassen könnte.

Ruedi Burkard (FDP)

Der Gemeinderat würde Ihnen aber trotzdem empfehlen, das Anliegen nicht weiter zu verfolgen, und zwar aus folgenden Gründen: Eine Einwohnerratssitzung in einem Livestream ist zwar technisch möglich, Herr Schemm, wie Sie das ausgeführt haben, aber es ist doch mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Nicht nur materiell oder leistungsmässig, sondern eben auch finanziell. Die Einrichtungen, welche wir zur Verfügung stellen müssten, die müssten mobil sein, weil der Sitzungsort ab und zu wechselt. Das haben wir jetzt festgestellt; während der Pandemiephase sind wir in der Horwerhalle, aber es sehnen sich ja alle nach der Aula im Schulhaus Zentrum, damit wir die Sitzungen wieder in einem anderen Rahmen abhalten können. Also müsste man schauen, dass die technischen Einrichtungen sowohl dort als auch hier funktionieren würden. Das ist nur ein zusätzlicher Mehraufwand, den man berücksichtigen müsste. Es ist aber auch schwierig, bei Abwesenheit von mehreren Ratsmitgliedern zu bewerkstelligen, dass dann die Ratsmitglieder am Ratsbetrieb auch teilnehmen können - man kann selbstverständlich mithören via Livestream - aber man müsste auch ein Votum abgeben können, sodass es alle im Rat verstehen und man müsste intervenieren können. Das ist dann vielleicht mit einer einzelnen Abwesenheit noch einfach zu bewerkstelligen, aber wenn man das fair ausgestalten möchte, müsste man das für mehrere abwesende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte garantieren können, und das ist doch ein erheblicher Aufwand.

Die Stadt Kriens und die Gemeinde Emmen – Sie schauen ja auch gerne über die Gemeindegrenze hinaus - haben das ebenfalls geprüft. Wir haben abgeklärt, wie sie das mit ihrem Ratsbetrieb machen. Sie haben das Anliegen aus den Gründen, die ich Ihnen bereits erläutert habe, abgelehnt. Der Aufwand ist unverhältnismässig und man müsste sich Gedanken machen, wie geht man in Zukunft damit um. Es ist so, dass die Pandemie am Abklingen ist. Die Corona-Zahlen sinken kontinuierlich und wir hoffen alle, dass wir in absehbarer Zeit in einen normalen Ratsbetrieb wechseln können. Deshalb ist es aus unserer Sicht unverhältnismässig, jetzt zu argumentieren, nur aufgrund der pandemischen Situation wollen wir einen Livestream organisieren. Dann müsste man überlegen: machen wir generell virtuelle Einwohnerratssitzungen, sind wir gar nicht mehr vor Ort, sondern sind wir nur noch vor dem grossen Bildschirm und alle kommunizieren dann via Bildschirm, was einem Parlament gar nicht mehr gerecht würde.

Das wären meine Ausführungen, um Ihnen zu empfehlen, auf den Auftrag an das Büro zu verzichten. Aber selbstverständlich liegt es in Ihrer Kompetenz, Ihre eigene Geschäftsordnung dahingehend anzupassen.

Als Vorsitzender des Büros möchte ich mich auch noch dazu äussern. An der Bürositzung vom 1. März 2021 haben wir genau das diskutiert: die digitale Möglichkeit einer Teilnahme an der Einwohnerratssitzung. Die Kanzlei hat sich mit der Stadt Luzern in Verbindung gesetzt, die diese Möglichkeit anbietet und es ist so, dass ihr Ratsbetrieb im Kantonsratssaal stattfindet. Da dort der Livestream bereits vorhanden ist, bedeutet das für die Stadt Luzern keine Zusatzinvestition. Wenn jemand digital teilnimmt, sieht die Person das per Livestream, kann aber in dem Sinn nicht aktiv eingreifen. Die Person ist dann via Skype in Kontakt mit der Ratsweibelin und kann dann bei Abstimmungen das Resultat oder das Abstimmungsverhalten bekannt geben. Für Abstimmungen funktioniert das, an Wahlen darf die Person jedoch nicht teilnehmen. Die Ratsweibelin gibt dies per WhatsApp an das Ratspräsidium weiter, sodass nachher das Ratspräsidium die entsprechende Stimme berücksichtigen kann. Gemäss Auskunft der Stadt funktioniert dies bei einer Abwesenheit relativ gut. Es wird dann aber bereits schwierig, wenn es zwei Abwesenheiten sind, und wenn es mehr sind dann ist es praktisch nicht mehr machbar. Das Büro hat dann einstimmig entschieden, dass wir das nicht weiterverfolgen, weil wir einfach die Verhältnismässigkeit nicht gesehen haben. Ich glaube, das ist für Sie noch wichtig zur Beurteilung.

Ivan Studer (CVP)

Jetzt ist der Gemeinderat nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen, d.h. verlangt der Motionär die Diskussion?

Entschuldigen Sie zuerst mal die Verwirrung «Motion/Postulat». Da habe ich generell noch ein wenig Mühe, auch bereits letztes Mal. Am besten ist, wenn Sie entscheiden, was Sie jetzt genau brauchen und Sie können es mir nachher sagen.

Noel Schemm (L20)

Weil es das Büro abgelehnt hat, haben wir uns entschlossen die Motion zu machen. Wir haben uns gedacht - da wir bereits jetzt schon einen sehr grossen Aufwand haben für das ganze Audiosystem - es ja prüfenswert sein kann, wie gross der Zusatzaufwand ist, um einen Livestream zu organisieren. Vieles ist schon da und wird gemacht. Ehrlich gesagt glaube ich nicht, dass es so schwierig sein kann, eine Kamera aufzustellen und dann das ganze Audiosystem daran anzudocken, damit die Leute dies hören. Vielleicht täusche ich mich hier aber auch.

Sie haben gesagt, wir müssen unsere Geschäftsordnung ändern. Das war uns bewusst, dass wir diese ändern müssen. Wir wollten aber trotzdem eine Motion erstellen, damit Sie uns als Gemeinde einen Vorschlag machen können, wie man das am besten umsetzen könnte, um den Vorschlag nachher in den Rat zu bringen, gemeinsam zu besprechen, zu entscheiden und dementsprechend auch die Geschäftsordnung zu ändern. Aber Sie wissen ja am besten, was genau nötig ist, welche Massnahmen getroffen werden müssen. Das kann ich von aussen weniger gut beurteilen.

Dann noch zu den Voten. Es war mir bewusst, dass auch in der Stadt Luzern keine Voten gehalten werden können. Aber ich erachte es nicht als unmöglich, dass zum Beispiel die Abwesenden einer Ratskollegin oder einem Ratskollegen ein Votum schriftlich mitgeben und diese könnten das dann vielleicht stellvertretend vortragen. Das wäre nicht unmöglich. So könnte die Person auch zu ihrer Stimme kommen. Klar, aktiv in eine Diskussion einsteigen ist eher schwieriger, aber schlussendlich geht es auch um die Stimme, die wichtig abzugeben ist und die nicht verloren gehen darf.

Sie haben es gesagt - wir sind froh, läuft es momentan bezüglich Pandemie so gut, aber wir müssen vorbereitet sein. Es kann gut sein, dass einmal eine andere Pandemie kommt. Wenn wir dann darauf vorbereitet sind, wäre das nur richtig. Es war nie das Ziel, dass wir eine komplett digitale Sitzung abhalten wollen. Ich glaube, da haben Sie sich ein wenig hineingesteigert. Das ist in meiner Motion oder Postulat sicher nicht geschrieben gewesen.

Jetzt einfach noch etwas zur Klärung «Postulat/Motion». Wenn die Motion überwiesen wird, dann wird das so umgesetzt. Es ist nicht mehr eine Prüfung, sonst hätten Sie es als Postulat einreichen müssen. Also wenn wir die Motion digitale Ratsteilnahme jetzt einreichen, dann ist der Gemeinderat beauftragt, die notwendigen Massnahmen vorzunehmen, damit eine digitale Teilnahme möglich ist, und dies dann wahrscheinlich zusammen mit dem Büro oder in Abänderung der Geschäftsordnung. Das ist jedoch keine Prüfung, das geht dann nicht zurück und man sagt: Sie haben die Variante A oder B oder wollen Sie es jetzt oder nicht. Dann wird das umgesetzt - das verlangt eine Motion. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist es nicht eine Motion, sondern es wäre ein Postulat.

Ivan Studer (CVP)

Ich hätte gerne, dass uns der Gemeinderat ein Dokument vorlegt, einen Bericht und Antrag, wie wir das umsetzen könnten, damit wir nachher hier gemeinsam darüber beraten und entscheiden, wie wir vorgehen. Ich möchte nicht, dass er das prüft, ob er das eventuell machen will oder nicht, sondern ich möchte, dass er das Dokument erstellt und wir dann gemeinsam entscheiden können, welche Massnahmen wir wollen, unter welchen Umständen diese eintreffen und wann man an einer Ratssitzung digital teilnehmen kann.

Noel Schemm (L20)

Herr Schemm, dann würde ich Ihnen empfehlen, Ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ruedi Burkard (FDP)

Es ist eigentlich egal ob «Postulat» oder «Motion». Ich bin überhaupt nicht für das digitale Anliegen für eine Stimme, die man von irgendwoher noch holen kann, wenn es dann eventuell knapp wird. Corona war jetzt der Aufhänger - es liegt jemand daheim, der Corona hat oder nicht, eventuell musste er das Bein operieren oder ist sonst irgendwie in den Ferien oder hat nicht gerade Zeit. Wie wollen Sie kontrollieren, wer dann wann wo ist und dann trotzdem noch seine Stimme abgeben will? Mich dünkt das gut gemeint, aber ich glaube, dafür sind wir hier versammelt und diskutieren hier drinnen und stimmen ab. Und die halt nicht da sind - das tut mir leid - die sind dann halt einfach nicht da. Aber die Daten werden jeweils so lange im Voraus mitgeteilt, dass es eigentlich kein Problem sein sollte, diese einzuhalten. Und wenn man halt mal krank ist, dann ist es halt Pech. Es ist ja nicht immer die eine Fraktion, es trifft dann vielleicht jeden irgendeinmal. Ich denke aber, dass die digitale Teilnahme nicht die Lösung ist.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Ich muss da Frau Strässle widersprechen. Ich finde - wie es in der Motion geschrieben ist - es geht genau um die Situationen, in denen der Staat aufgrund von Quarantänebestimmungen einer Person untersagt im Rat teilzunehmen. Also der Staat schreibt eigentlich dem Kontrolleur des Staates vor, dass er nicht teilnehmen kann. In diesen Situationen finde ich es schwierig, Herr Burkard, ein Preisschild an das Konzept der Demokratie zu hängen, indem man sagt, wir schliessen einfach kategorisch Ratsteilnehmende aus, weil es zu teuer ist. Sie als Exekutive in dem Fall - das finde ich grundsätzlich ein wenig schwierig. Zudem finde ich auch die gesamte Haltung der letzten Voten ein wenig schwierig, weil es einfach eine digitale Verweigerung ist. Wir haben jetzt gesehen, wie sich der Bund in den letzten Jahren verhalten hat, wenn es um die Digitalisierung gegangen ist. Schnittstellen schaffen, Standardisierung, Föderalismus abbauen und jetzt hatten wir das Problem, dass verschiedene Kantone ihre Daten per Fax geschickt haben. Wir wollen ja nicht, dass in einer nächsten Pandemie die Grundlagen nicht geschaffen worden sind und wir sagen, dass wir die Chance von jetzt nicht genutzt haben.

Charlotte Schwegler
(L20)

Wir reden jetzt nur von der Pandemie und von Vorschriften des Bundesrates, wonach jemand nicht an die Sitzung kommen kann. Aber wie wollen Sie es dann handhaben, wenn einer irgendwo in den Ferien ist, im Zug, in einen Unfall verwickelt, im Gewitter oder wo auch immer ist und deshalb nicht die Möglichkeit hat, rechtzeitig an eine Sitzung zu gelangen? Dann sind es ja auch «andere Gründe», ob das jetzt der Bundesrat ist oder ein Flugzeug, das nicht fliegen konnte, weil irgendein Problem vorhanden war. Da gibt es eine ganze Menge Varianten und nicht nur Corona. Es gibt immer wieder etwas, das Sie verhindert, wofür Sie nichts können, sondern es höhere Macht ist. Es ist noch schwierig, das genau einzuschätzen, was jetzt gilt und was nicht.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Frau Strässle, in der Motion, da geht es effektiv nur um die pandemiebedingten Abwesenheiten. Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, wegen Abwesenheiten aufgrund anderer Gründe oder höherer Macht, dann müssen Sie eine eigene Motion oder Postulat einreichen, wie es dahingehend gelöst werden soll. Es geht effektiv nur um pandemiebedingte Abwesenheiten.

Noel Schemm (L20)

Dann noch zu Motion oder Postulat. Geschätzter Gemeinderat, bitte sagen Sie mir, was Sie brauchen, damit Sie arbeiten können. Ich würde es dann gerne in dem Sinn an Sie überweisen.

Im Reglement ist ganz klar vorgesehen: sollte der Fall eintreffen, dass die Mehrheit des Rates nicht anwesend ist, dann kann man die Sitzung nicht durchführen. Dann wird die Sitzung halt auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Ich glaube, die Eventualitäten

Reto Eberhard (SVP)

sind damit gut abgegolten. Das was wir hier diskutieren, das ist weit überzeichnet. Bis jetzt war es genau einmal der Fall, dass jemand nicht kommen konnte. Ich glaube, das liegt doch noch im Verhältnis des Möglichen. Von dem her schliessen wir uns dem Gemeinderat an und sehen die entsprechenden Begründungen, die vorgelegt sind und finden das nicht wirklich weiter verfolgenswert.

Eine kleine Korrektur: Es waren zwei Fälle, die wegen Corona nicht teilnehmen konnten.

Ivan Studer (CVP)

Auch die L20 hat eine Alt-Einwohnerratspräsidentin in Ihren Reihen, die wissen müsste, wie es funktioniert. Man hat eine Geschäftsordnung des Einwohnerrates und der Einwohnerrat muss von mir aus nicht Sachen aus der Hand geben, wofür er zuständig ist. Da ist das Büro zuständig und für die, welche es nicht wissen: im Büro sitzt auch noch die Gemeindeschreiberin oder Stellvertretung und das Büro kann auch so Aufträge erteilen. Man muss hier nicht künstlich eine Motion - eben, es ist gar nicht motionswürdig - oder Postulat kreieren, die einfach nicht angebracht ist. Wie gesagt, jede Partei ist im Büro vertreten. Das Büro kann die Aufträge entgegennehmen, dann wird im Büro demokratisch abgestimmt, ob man das entgegennehmen will oder nicht, und dann gibt das Büro der Gemeindeschreiberin den Auftrag, dass sie dies klären und dem Büro vorlegen soll. So funktioniert es. Aber fragen Sie doch Frau Wyss, sie sollte Ihnen das auch erklären können.

Urs Rölli (FDP)

Abstimmung:

Die Überweisung der dringlichen Motion Nr. 2021-318, digitale Ratsteilnahme, wird mit 10:17 Stimmen abgelehnt.

Ivan Studer (CVP)

6. Postulat Nr. 2021-729 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Cargovelo

Wie Sie alle wissen, nimmt der Veloverkehr in der Schweiz sehr stark zu und die Gemeinde Horw baut ihre Velorouten mit dem neuen Richtplan Fuss- und Veloverkehr aus. Besonders im Zentrum und in dichteren Wohnlagen sind Quartiere zunehmend so gut erschlossen, dass Mobilitätskonzepte überhaupt keinen motorisierten Individualverkehr mehr vorsehen. Ausserdem wollen immer mehr Horwerinnen und Horwer ihren CO2-Fussabdruck reduzieren und verzichten sogar ganz auf ein Auto.

Die löbliche nachhaltige Mobilitätsentwicklung birgt aber auch einige Erschwernisse im Alltag. Der Transport von schweren Gütern, die Entsorgungen im Ökihof, grosse Einkäufe, der Transport von Gepäck und Hausrat oder auch der Ausflug mit mehreren Kindern ist nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen.

Philipp Peter (L20)

Ein Cargovelo-Angebot würde hier Unterstützung bieten. Ausserdem würde es den nachhaltigeren Mobilitätswandel fördern. Mein Begehren ist vollständig auf der Linie der Gemeindestrategie. Im Mobilitätsziel 5 «Mobilität zukunftsgerichtet bewältigen», wird explizit verfolgt, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu fördern und auf innovative Mobilitätslösungen zu setzen.

Unsere Nachbargemeinde Kriens und die Stadt Luzern verfügen seit einigen Jahren über ein entsprechendes Angebot mit diversen Standorten und Horw könnte sich diesem anschliessen. Als Carvelo-Gemeinde würde Horw ein praktisches und nachhaltiges Mobilitätsangebot für die Horwer Bevölkerung, für das lokale Gewerbe, die Vereine und die Gemeindeverwaltung schaffen. Die Sichtbarkeit und Auffälligkeit der Cargo-Fahrräder ist zudem ein nicht zu unterschätzendes Aushängeschild für eine zukunftsorientierte

Gemeinde. Zusätzlich würde die Gemeinde Horw mit diesem Angebot zusätzliche Punkte für das Label «Energierstadt» im Bereich der kombinierten Mobilität bekommen.

Meine Damen und Herren, es spricht nichts gegen den Inhalt dieses Postulats und ich bitte Sie um Zustimmung.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat im Sinne der folgenden Ausführungen entgegenzunehmen: Die Firma carvelo2go (eCargo-Bike Sharing) bietet elektrische Cargo-Velos zur öffentlichen Benutzung an. Das Cargo-Velo wird an einem definierten Standort, dem sogenannten Host, zur Verfügung gestellt. Der Host kann beispielsweise eine Bäckerei oder ein Restaurant sein. Wer das Velo nutzen will, holt den Schlüssel beim Host und gibt ihn dort nach der Nutzung auch wieder zurück. Also das ist nicht gleich wie beim Next-Bike, wo man das Velo irgendwo abstellen kann, sondern man holt es beim Host und bringt es ihm wieder retour. Der Host ist dafür besorgt, dass der Akku stets geladen und das Cargo-Velo fahrbereit ist. Er erhält für seinen Einsatz Gratis-Nutzungsstunden. Es ist so, cargovelo2go sucht und regelt die Zusammenarbeit mit dem Host selbstständig. Sie schauen, wer sich dafür eignet. Es muss ja jemand sein - zuerst habe ich gedacht, das könnte die Gemeindeverwaltung machen, aber das funktioniert nicht wegen den Öffnungszeiten - der im Idealfall rund um die Uhr offen ist. Der Nutzer bezahlt Fr. 5.00 Grundgebühr und Fr. 2.50 Nutzungsgebühr/Stunde. Die Abrechnung erfolgt via cargovelo2go. Nutzer mit Abo erhalten einen Rabatt.

Thomas Zemp (CVP)

Es gibt zwei Angebote dieser Firma; das eine ist das Sponsoring für 3'000 Franken pro Jahr und das andere ist ein Sponsoring für 2'500 Franken pro Jahr. Beim günstigeren Angebot muss man sich für drei Jahre verpflichten. Das möchten wir nicht, und zwar vor dem Hintergrund, dass die Ausschreibung mit den Mietvelos läuft, welche die Stadt Luzern durchführt. Je nach Angebot oder nach Ergebnis der Ausschreibung gibt es dann ein neues Angebot. Beim Sponsoring für 3'000 Franken pro Jahr würden wir uns nur jeweils für ein Jahr verpflichten, hätten Werbung von der Gemeinde auf dem Velo und die Mieteinnahmen würden sogar wieder zu uns als Sponsor zurückfließen.

Wir haben gedacht, wir könnten das machen. Ich würde jetzt nicht von drei bis fünf Velos sprechen - ich bin auch nicht sicher, ob man überhaupt so viele Standorte findet - aber wir könnten sicher mal mit einem oder zwei Velos starten. Das kostet 3'000 bis 6'000 Franken, das sind überschaubare Kosten. Für mich ist wichtig: es bindet keinen personellen Aufwand auf Seiten der Gemeinde, weil wir den Host nicht suchen und das nicht managen müssen, sondern weil wir einfach als Sponsor auftreten und den Betrag zahlen. Wichtig ist auch im Moment keine langfristige Verpflichtung einzugehen. Vor diesem Hintergrund würden wir das Postulat so entgegennehmen

Horw basiert auf einer frei und gut funktionierenden Sozialmarktwirtschaft. Das ist gut so und soll auch so bleiben. Nach ein paar wenigen Mausklicks weiss ich, dass es eine ganze Reihe von Sharing-Anbietern gibt und verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten auch von Cargovelos. Es gibt sogar einen umfassenden digitalen Mobilitätsüberblick mit Name Traffic-Guide. Als ehemaliger Unternehmer frage ich mich nun aber warum Sie, Herr Peter, und Ihre Fraktion den Gemeinderat und die Verwaltung mit Recherchearbeiten beschäftigen wollen? Warum klären Sie diese Fragen nicht selbst ab und reichen dann einen konkreten Vorstoss mit ausgereiften Vorschlägen ein? In diesem Sinn empfiehlt die SVP-Fraktion, dieses Postulat abzulehnen.

Antonio Simoes (SVP)

Ich nehme gerne kurz Stellung zu dieser Frage, die in den Raum gestellt wurde. Ich glaube es ist nicht üblich, dass man im Rahmen eines Postulats schon ganz konkrete Recherchen im Zusammenhang mit konkreten Anbietern vornimmt. In dem Zusammenhang habe ich schon mehr gemacht als es meine Aufgabe gewesen wäre, indem ich mögliche Anbieter eines solchen Angebotes mit dem Postulat eingereicht habe. Wie wir

Philipp Peter (L20)

von Herrn Zemp gehört haben, war das auch einfach abzuklären. Ich weiss nicht, ob es sehr viele Arbeitsstunden in Anspruch genommen hat. Da müssten Sie, Herr Zemp, allenfalls etwas dazu sagen.

Ich mache eine kleine Korrektur: ich will das Postulat nicht überwiesen haben.

Antonio Simoes (SVP)

Abstimmung:

Der Überweisung des Postulats Nr. 2021-729 Cargovelo wird mit 15:10 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

Ivan Studer (CVP)

7. Fragestunde

8. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2021/2022

Die Wahlen werden musikalisch von der Musikschule Horw begleitet. Ich begrüsse den Musikschulleiter Mario Schubiger und ganz speziell Nik Schneider. Er wird die Wahlen mit dem Klavier musikalisch umrahmen.

Ivan Studer (CVP)

Bevor wir zur Wahl kommen noch eine kleine Erinnerung: Gemäss Artikel 80, Absatz 2 darf kein Ratsmitglied den Saal bis zur Beendigung des Wahlaktes verlassen. Ich bitte Sie dies so zu befolgen.

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates

Die FDP schlägt Ihnen den heutigen Stellvertreter des Einwohnerratspräsidenten, Herr Stefan Maissen, als Präsidenten für das neue Amtsjahr 2021/2022 vor. Stefan Maissen ist seit dem 1. März 2017 im Rat und kennt das Geschäft mittlerweile durch seine verschiedenen Tätigkeiten in Kommissionen und Mitwirkung im Rat bestens.

Jürg Biese (FDP)

Wahlergebnis

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	26
absolutes Mehr	14

Ivan Studer (CVP)

Gewählt ist Stefan Maissen mit 26 Stimmen.

Herr Maissen, nehmen Sie die Wahl an?

Ja, ich danke für die Wahl und nehme sie gerne an.

Stefan Maissen (FDP)

Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Es freut mich, Ihnen im Namen der SVP-Fraktion unser langjähriges Mitglied Reto von Glutz als Vizepräsidenten vorzuschlagen. Er ist seit 10 Jahren im Rat und bringt viel Erfahrung mit.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	4
Gültige Stimmzettel	24
absolutes Mehr	13

Ivan Studer (CVP)

Gewählt ist Reto von Glutz mit 24 Stimmen.

Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung

Wir schlagen Ihnen unser Mitglied Antonio Simoes als Sekretär und Hans Stampfli als sein Stellvertreter vor.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	28
absolutes Mehr	15

Ivan Studer (CVP)

Gewählt als Sekretär ist Antonio Simoes mit 22 Stimmen und als dessen Stellvertreter Hans Stampfli mit 27 Stimmen.

Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen

Die CVP-/GLP-Fraktion schlägt Ihnen als Stimmenzählerin Daniela Luthiger und als Stellvertreter André Fallet vor.

Roger Eichmann
(CVP)

Als Stimmenzähler schlage ich Ihnen im Namen der L20-Fraktion Jonas Heeb und als Stellvertreter Tamino Müller vor.

Martin Eberli (L20)

Wahlergebnis

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	28
absolutes Mehr	15

Als Stimmzähler gewählt sind Jonas Heeb mit 27 Stimmen und Daniela Luthiger mit 27 Stimmen.

Als Stellvertreter der Stimmzählenden gewählt sind Tamino Müller mit 27 Stimmen und André Fallet mit 26 Stimmen.

Danksagungen

Die Fraktionen danken Ivan Studer für die ruhige und souveräne Ratsführung während seines Präsidialjahres 2020/2021 sowie ihren scheidenden Ratsmitgliedern Fabian Pabst (im Rat seit November 2017) und Martin Eberli (im Rat seit Februar 2019) für die geleistete Arbeit und überreichen ein Präsent.

Gemeindepräsident Ruedi Burkard dankt Ivan Studer für sein Engagement im vergangenen Amtsjahr als Einwohnerratspräsident und überreicht ihm ein Präsent.

Schlusswort

Auch ich möchte mich bei den beiden Herren ganz herzlich bedanken für ihr Engagement für die Gemeinde Horw, für den Einwohnerrat. Sie wissen alle, dass das nicht immer ganz einfach ist und dass man auch sehr viel Freizeit dafür opfert. Das Milizsystem ist etwas Wichtiges, etwas Grossartiges, das wir in der Schweiz haben. Das bedingt aber auch, dass wir Personen haben, die sich im Milizsystem stark machen und das haben Sie beide in den letzten Jahren bewiesen.

Jetzt möchte ich mich auch noch ein paar Personen bedanken. Und zwar leite ich hier vorne nur die Sitzung und dass die einigermaßen gut verläuft - obwohl ich mit den Namen ein paar Male gestolpert bin - dafür sind sehr viele Personen im Hintergrund zuständig und vor allem ist die Hilfe der Kanzlei extrem wichtig. Insbesondere ein Frauen-Quintett, das die Fäden im Hintergrund geschnürt hat und bei denen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. An erster Stelle Irene Arnold; als Gemeindeschreiberin hat sie mich kompetent und hilfsbereit durch mein Amtsjahr begleitet. Ohne sie wären die Sitzungen bestimmt nicht so reibungslos abgelaufen. Die Zusammenarbeit war sehr angenehm, sie ist äusserst speditiv und alles wurde sehr schnell beantwortet.

Dann möchte ich mich bei Claudia Stadelmann bedanken. Sie ist dieses Jahr für Heike Sommer eingesprungen, hat mehr oder weniger in einer Feuerwehrrübung das Amt übernommen, hat immer das Protokoll erstellt und uns in den ganzen Sitzungen unterstützt. Sie hat das vom ersten Tag an souverän gemacht und für einen reibungslosen Übergang gesorgt.

Ein weiterer Dank geht an Marianne Hummel: sie bereitet im Hintergrund immer alle Gratulationen vor. Dann Susanne Hollbach: sie hat an den Sitzungen immer Kaffee serviert und natürlich auch Kansiga Selvarajah, welche für die Umsetzung der Hygienemassnahmen besorgt war.

Damit sind wir definitiv am Ende der Einwohnerratssitzung angelangt. Ich übergebe das Wort an den neuen Einwohnerratspräsidenten.

Ivan Studer (CVP)

Ivan Studer (CVP)

Ich möchte an dieser Stelle ein paar Worte an Sie richten, weil ein Apéro im klassischen Sinn leider nicht möglich ist und ein unkompliziertes Anstossen mit einem Glas Wein eben auch nicht. Zuerst möchte ich mich bei meinen Ratskolleginnen und -kollegen für das Vertrauen und die Wahl bedanken. Ich werde alles daransetzen, die ehrenvolle Aufgabe ab dem 1. September engagiert und gut wahrzunehmen. So wie es aktuell aussieht werde ich zumindest - im Gegensatz zu meinem Vorgänger Ivan Studer - keine Kurzarbeitsentschädigung beantragen müssen. Aber auch da gilt - wie überall im Leben - wenn man es nicht beeinflussen kann, dann muss man es nehmen, wie es kommt. Auf jeden Fall freue ich mich sehr über den Austausch mit der Horwer Bevölkerung, mit Vereinen und den verschiedenen Institutionen. Mein Ziel ist es auch, bei solchen Gelegenheiten ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung zu haben. Umgekehrt möchte ich aber auch das Verständnis für die Gemeinde und ihre Institutionen und die politischen Zusammenhänge wecken. Ich wünsche mir, dass sich Leute vermehrt in der Lokalpolitik engagieren und sich einbringen, egal für welche Partei und für welche Ideale.

Ich habe es erwähnt, den traditionelle Apéro dürfen wir leider nicht durchführen, da keine stehende Konsumation erlaubt ist und die Personenbeschränkung das nicht in einem sinnvollen und schönen Rahmen erlauben würde. Eigentlich hätte ich den Apéro gerne in der Horwer Bibliothek gemacht. Die Horwer Bibliothek war der erste Fixpunkt für mich, als wir vor rund 16 Jahren nach Horw gezogen sind, weil ich sehr gerne lese und deshalb oft vor Ort war. Ich finde die Institution sehr wertvoll und ich weiss nicht, wie viele Bücher die Bibliothek hätte, aber ein paar hundert davon habe ich sicher schon gelesen. Ich werde aber während meinem Präsidentschaftsjahr einen Anlass in der Bibliothek durchführen und damit das Legislaturziel «Die Bibliothek in der Wahrnehmung der Bevölkerung stärken» trotzdem ein wenig unterstützen können.

Als wir im Juli 2005 mit einem ganz kleinen Kind von Luzern nach Horw gezogen sind, hätte ich nie gedacht, dass ich einmal in der Politik lande oder aktiv im Einwohnerrat sein werde. Bevor meine Familie und ich nach Horw gezogen sind, haben wir rund 50 Meter auf der anderen Seite der Grenze im Bireggquartier gewohnt. Und da gibt es eine nette Anekdote, die ich ganz kurz erzählen möchte: mein erster Kontakt mit einem horwspezifischen Thema war, als ich an der Bushaltestelle Biregg Altglas entsorgt habe und mich ein Horwer Bürger freundlich darauf hingewiesen hat, dass das eine Horwer Entsorgungsstelle sei und Luzerner das doch bitte in Luzern machen sollen. Da wurde mir klar, dass der Ökiohof in Horw ganz ein heisses Eisen ist.

Ich habe unsere kleinen Kinder im Jahr 2005 angesprochen. Sie sind ein bisschen gewachsen. Ich freue mich sehr, dass heute meine Familie dabei sein kann: meine Frau Lea, Sohn Samuel und Tochter Fiona. Ich möchte euch an dieser Stelle ganz herzlich danken für die Unterstützung in den letzten Jahren, speziell auch für die spannenden Diskussionen zu politischen Themen - und ich kann Ihnen garantieren, der politisch aktive Vater erhält nicht immer recht. Ich will meiner Familie bereits jetzt danken für das Verständnis in den kommenden 12 Monaten, während denen ich noch mehr abwesend sein werde.

Zum weiteren Verlauf des Abends: ich freue mich, dass wir zumindest das traditionelle Essen mit dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat durchführen können. Sie haben die Einladung auf dem Tisch vorgefunden. Es geht weiter um 18.45 Uhr. Wir sind jetzt ein wenig früher unterwegs, von dem her können wir auch ein wenig früher dort sein.

Ich finde es sehr wertvoll, dass wir die Feier durchführen dürfen. Wir hatten jetzt ein Jahr lang Einwohnerratssitzungen und es war kaum einmal möglich, zusammen ein Bier zu trinken und über Gott und die Welt zu philosophieren. Ich glaube, nach diesem Jahr tut es uns allen gut, wieder in einem anderen Rahmen zusammen zu kommen.

Jetzt danke ich allen, die zu diesem würdigen Ablauf der Wahl beigetragen haben und hoffe, dass wir bei anderer Gelegenheit wieder einmal zusammen anstossen können. Sie hören es: das Wetter ist nicht so optimal, um in den Winkel zu gelangen. Wir müssen schauen, dass diejenigen mit Autos andere mitnehmen können, indem wir uns gut absprechen. Und die ganz harten Velofahrer werden sich vom Regen nicht abhalten lassen. Ich danke und freue mich auf einen schönen Abend.

Ivan Studer
Einwohnerratspräsident

Claudia Stadelmann
Protokollführerin

Versand: 26. Juli 2021